

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Postteile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 146.

Dienstag, den 25. Juni 1918.

25. Jahrg.

Die große Debatte im Reichstage.

Nicht Herrling, Kühlmann redete. Diese Rede war das Ereignis des Tages. Sie war die ruhigste Abwägung der Lage, klar und durchsichtig in ihrer Beweisführung, vorgetragen in bewusster Verachtung eines rhetorischen Erfolges, die Rede eines Staatsmannes, der seine Politik vor einer friedlichen Umwelt führt, die an den Verhandlungstisch gebracht werden soll, nicht, weil Deutschland schwach geworden wäre, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß dieser Weltkonflikt durch militärische Mittel allein nicht gelöst werden kann. Sie enthielt kein ausdrückliches Friedensangebot, ja sie lehnte ein neues Angebot angelehnt der Balfourrede als aussichtslos ab, aber sie unterstrich die Friedensresolution vom Juli 1917 und enthielt die nachdrückliche Versicherung, daß wir innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, frei, stark und unbeeinträchtigt leben wollen. Das war die Hauptsache. Woran ging eine nüchterne Ueberprüfung der Weltlage und der Versuch die Politik im Offnen zu rechtfertigen.

Für das Zentrum sprach Gröber und er ließ es an scharfer Kritik der deutschen Ostpolitik nicht fehlen, so daß sich David, der sozialdemokratische Redner, in seinen gründlichen und sehr entschiedenen Ausführungen ihm in diesem Punkte durchaus anschließen konnte. Ohne Frieden und Freundschaft mit den Völkern im Osten, die man heute zu allem nur nicht zur Deutschlandfreundlichkeit bringe, gebe es weder eine Lösung der Ostfragen noch die unentbehrliche Erweiterung Mitteleuropas zur weltwirtschaftlichen Größe. Die Rede Kühlmanns begrüßte David als einen Beweis dafür, daß die vom deutschen Volke in allen Nachwahlen gebilligte Friedensresolution des Reichstags vollkräftig weiterlebe jedoch förderte unser Sprecher, daß endlich auch volle politische Klarheit über die Absichten, die man mit Belgien hat, von der Regierung gegeben werde. Zum Schluß unterstrich David nachdrücklich die Bedeutung der unausschiebbaren Demokratisierung Deutschlands für die Herbeiführung des Friedens und für die ganze Zukunft unseres Volkes.

Recht mall sprach der konservative Graf Westarp und seine Rechtfertigung der im Offnen getriebenen Verwaltung und Politik hat ja auch im Reichstage nur eine sehr geringe Gehörigkeit. Natürlich war er mit Kühlmanns Rede ganz und gar nicht einverstanden, da sie ja nicht auf den Ton „Gott strafe England“ und „Jeder tritt ein Brit“ — man erinnert sich vielleicht noch dieser Töne, es ist freilich ein paar bittere Sahre her! — geklungen war. England muß niedergezwungen werden, sagt Westarp, und anders kommt man überhaupt nicht zu Friedensverhandlungen, als durch den vollen Sieg.

Diese Rede dürfte die auf Dienstag vertagte weitere Beratung recht interessant gestalten. Wieder wie vor einem Jahr ist der Gegensatz zwischen den Parteien des Verständigungsfriedens und des Nachfriedens vor aller Welt aufgetan — aber diesmal werden nicht im geheimen Ausschüssen, sondern in offener Sitzung die Klingen gekreuzt.

Deutscher Reichstag.

Montag, 24. Juni 1918.

179. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Herrling, v. Payer, v. Kühlmann, Wallraf.

Das Notgesetz über den Etat der Schutzgebiete wird debattelos in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die allgemeine Debatte über den

Etat des Reichsanstalters und des Auswärtigen Amtes.

Hierzu liegt ein Antrag Stresemann (Recht.) vor, einen Auschuß zur Prüfung der Reform des Auswärtigen Amtes einzusetzen, in dem außer Vertretern des Bundesrats, des Reichstages, des General- und Admiralstabs insbesondere auch Vertreter des am Unterhandlungsbeteiligten Kaufmannstandes und der deutschen Exportindustrie berufen werden sollen.

Stadtssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann: Ein lautes Bild über die Gesamtlage der Reichspolitik! Wenn ich zunächst das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen berühren darf, so ist in der uns benachbarten verbündeten und befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie der glänzende Staatsmann und Minister des Äußeren, Graf Czernin, aus innerpolitischen Gründen aus seiner Stellung ausgeschieden. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, der stets bundesfreundlichen Tätigkeit des Grafen Czernin zu gedenken, und wenn uns etwas das Scheitern dieses Ministers als nicht den Interessen unseres engeren Verbandes schädlich hat ersparen lassen, so ist es die Berion seines Nachfolgers, des Grafen Burian, eines bewährten Diplomaten, dessen treue Freundschaft und Anhänglichkeit an das Bündnis vor vortretenden über allen Zweifel erhaben gewesen ist. (Beifall.) Die enge persönliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit, die mich mit dem Grafen Czernin verbunden hat und die bei der Lösung der Ostfragen so wesentlich zum Gesamterfolg und zur engeren Knüpfung der Bande zwischen den beiden Zentralreichen beigetragen hat, hat sich auch unter dem Grafen Burian sofort hergestellt. Unter der Ministerchaft des Grafen Burian hat die Kaiserentzweiung stattgefunden, ein Akt, den die Geschichte der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen seinerzeit als bedeutungsvoll voraussichtlich buchen wird. Die beiden Kaiser haben sich in festerlicher Weise in Gegenwart der leitenden Staatsmänner aufs neue verpflichtet, daß sie nicht nur das bestehende Bündnis in Treue halten, sondern auch erneuern und vertiefen wollen. (Beifall.) Den Meinungen

der beiden Kaiser folgend, sind die Staatsmänner beider Staaten sofort in Verhandlungen eingetreten. Graf Burian hat bei seinem Besuch in Berlin in eingehenden Konferenzen mit dem Reichsanstalt die Grundfragen erörtert. Der Gedankenaustausch wird schriftlich fortgesetzt und dürfte demnächst auch bei einem Gegenbesuch des Reichsanstalters in Wien seine Fortsetzung finden.

Mit Bulgarien, das in schwerer Zeit an unsere Seite getreten ist, sind die persönlichen und politischen Beziehungen immer enger geworden. Wir alle haben wohl bedauert, daß der hochverehrte Altmeister bulgarischer Politik, Radoslawow, der immer eine Seele des Bündnisses war, aus innerpolitischen Gründen vom Ministerium zurückgetreten ist. Die hindlichen Versicherungen seines Nachfolgers und die erhabene Persönlichkeit des großen Staatsmannes, der die bulgarische Krone trägt, sind für uns die sicherste Gewähr, daß der Personenwechsel kein Abweichen von der bisherigen Politik bedeutet.

In der Türkei sind innere Veränderungen nicht vor sich gegangen. Die bewährten Staatsmänner, der Großwesir Talat Pascha und der Vizegeneralsimus Enver Pascha stehen noch heute auf denselben Posten, den sie während des Krieges so wirksam ausgefüllt haben. Ganz selbstverständlich ergeben sich bei der Liquidation eines so gewaltigen Kampfes Einzelfragen, die die diplomatische Aufmerksamkeit beider Teile in hohem Maße in Anspruch nehmen. Ich erwähne die Lösung der Nordbrüderfrage, die Regulierung der Maritimgrenze und den Kaukasus. Aber nirgends besteht ein ernsthafter Interessengegensatz zwischen uns und der Türkei, vielmehr ist die gegenseitige herzliche Freundschaft sowohl der Völker wie der leitenden Staatsmänner eine Bürgschaft dafür, daß alle diese Fragen eine befriedigende Regelung finden werden.

In den nächsten Tagen wird eine Konferenz zwischen Vertretern des Vierbundes und der kaukasischen Völker zusammentreten, um die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen der Lösung entgegenzuführen. In Rußland haben Gärungstriebe nationaler und sozialer Natur zu revolutionären Erscheinungen geführt und den russischen Staatsstolz in eine Lage gebracht, die heute noch nicht als stabil bezeichnet werden kann. Der Leitstern unserer Politik gegen Rußland ist: Scharfe Beobachtung, äußerster Vorsicht und, soweit es sich um interne russische Angelegenheiten handelt, weise Zurückhaltung. Der russische Boden ist von den roten Garden geräumt und alles deutet daraufhin, daß Finnland im Begriff steht, seine hohe Kultur in Form eines selbständigen Staates weiter zu entwickeln. Die Zerstückung des Baltentums durch die im Friedensvertrag vorgesehene Linie hat eine außerordentlich schwierige Situation geschaffen. In Uebereinstimmung mit der gesamten deutschen öffentlichen Meinung haben wir uns entschlossen, auf den Hilferuf der Provinzen Estland und Livland, diesen zu Hilfe zu kommen und das rote Schreckensregiment durch ein Regime der Ordnung und der Ruhe zu ersetzen. Vor endgültiger diplomatischer Anerkennung dieser staatlichen Gebilde wünschen wir mit der russischen Regierung der Sowjets in Moskau in einem Gedanken- und Austausch darüber einzutreten, unter welchen Modalitäten die Anerkennung der Selbständigkeit solcher staatlichen Neubildungen erfolgen solle. Da auch noch andere Fragen der Klärung bedürfen, stehen wir im Begriff, mit bevollmächtigten Vertretern der russischen Republik in Berlin Besprechungen abzuhalten, die hoffentlich zu einer freundschaftlichen Einigung führen werden. Zur Bearbeitung der interorganisationsfragen Ostfragen ist ein besonderer kaiserlicher Kommissar ernannt worden. Was die Polenfrage anbelangt, so hat bisher ihr fast unzulässiger Zusammenhang mit der Lösung der ökonomischen Fragen zwischen Oesterreich und Deutschland die Entscheidung verhindert, ich hoffe aber, daß nach vor Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen sich eine befriedigende Lösung dieser Frage finden wird. Die drei Staaten, Georgien, Armenien und Tatarien haben sich zu einer transkaukasischen Republik vereinigt, um dadurch ihre Widerstandskraft zu erhöhen. Die Türkei hat bei dem Vormarsch nach dem ihr nach dem Brest-Litowsker Frieden zustehenden Gebieten den linken Flügel der voranschreitenden Truppen zientlich weit in Gebiete hineingehoben, welche für eine dauernde Okkupation oder Annexion durch die Türkei nicht in Frage kommen konnten. Nach Rückfrage der beiden obersten Heeresleitungen ist der türkische Vormarsch nach Kaukasien hinein eingestellt worden und die Modalitäten der künftigen Regelung der kaukasischen Angelegenheiten sollen in der Konferenz in Konstantinopel geordnet werden. Nachdem wir Georgien als Staat anerkannt haben, und mit ihm in freundschaftliche Beziehungen eingetreten sind, hat Georgien seinen Minister des Äußeren nach Berlin entsandt, und wir andererseits haben den General von Krefz in diplomatischer Mission nach Tiflis geschickt. Wir wünschen dem georgischen Staat und seinem tapferen Volke eine gedeihliche Zukunft. (Beifall.)

Gegenüber Finnland, Schweden und Dänemark wünschen wir alle auftauchenden Fragen in Freundschaft zu behandeln. In der Frage der Handjeln hat eine Einigung dahin stattgefunden, daß die vertragswidrigen Befestigungen beseitigt werden sollen; über die Zukunft dieser Inseln ist Endgültiges noch nicht beschlossen worden. Dänemark, Holland und die Schweiz haben an ihrer Neutralität festgehalten, und darüber hinaus das Mögliche getan, die Leiden der Verwundeten und Kriegsgefangenen zu lindern. (Beifall.) Der bisherige Verlauf der Haager deutsch-englischen Ganganenaustauschkonferenz berechtigt zu der Hoffnung, daß dieses Werk der Menschlichkeit gelingen wird. (Bravo!) Auch Spanien hat keine Gelegenheit verüben lassen, sich in den Dienst der Humanität zu stellen. — In Südamerika sind einige kleinere Staaten unter dem Druck der Union auf die Seite unserer Feinde getreten. Es ist die Politik der Reichsleitung nach wie vor, daß wir alles zu tun beabsichtigen, um den Eintritt weiterer neutraler Staaten in den Konzern unserer Feinde unmöglich zu machen.

Die Beziehungen zu den anderen Staaten sind zurzeit rein militärischer Natur. Die Lage im Westen, wo unsere Heere unter der genialen Führung, welche ihnen Gott gegeben hat, von Sieg zu Sieg geschritten sind, ist derart, daß die Initiative vollkommen bei der deutschen Obersten Heeresleitung ruht, und daß wir hoffen können, daß der Sommer und der Herbst unserer Waffen neue große Erfolge bringen werden. Die österreichisch-ungarische Armee hat in frühem Anlauf die italienische Stellung angegriffen und nennenswerte Erfolge errungen, große wichtige Verbände der Feinde an ihre Front geschickt. Der längste Tag des Jahres ist bereits vorüber. (Sehr richtig; Beifall.) und

wenn man von weiter Weste aus die Ereignisse überblickt, muß man sich fragen: wird dieser Krieg nach menschlichem Ermessen noch im Herbst und im Winter in das fünfte Jahr hinfürdauern? Vielfach herrscht in unserer Bevölkerung die Meinung, daß die Länge dieses Krieges ein oblates Raum bedeutet, als hätten maßgebende Stellen mit sehr langen Kriegen in der Neuzeit überhaupt nicht mehr gerechnet. Diese Meinung ist unrichtig. Ich habe dafür als Kronzeugen keinen geringeren als den Feldmarschall Graf Moltke, der in diesem Jahre am 14. Mai 1890 ausgesprochen hat: „Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damokleischwert über unsern Häuptern schwebt, zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, mit einander in Kampf treten. Keine derselben kann in einem oder in zwei Jahren so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für Überwinden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nie wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist den Kampf zu erneuern. — Meine Herren, es kann ein Nebenjahreiger, es kann auch ein dreißigjähriger Krieg werden. (Aruhe.) Wehe dem, der Europa in Brand steckt, wer den ersten Schritt in das Unterviel schießt.“ Die Verhältnisse haben sich seit der Zeit nur in dem Sinne verschoben, daß die Mächte, die am Kriege beteiligt sind, ihre Kräfte immer noch ungeheuer verstärkt haben und nicht nur, wie es damals als wahrscheinlich erschien, die Mächte Europas, sondern auch große überseeische Mächte wie Japan und Amerika in den Kampf einbezogen sind. Mit Sicherheit irgend einen Augenblick ins Auge zu fassen, von welchem man sagen könnte, dieser Krieg muß zu Ende gehen, ist mithin meines Erachtens unmöglich, und man muß deshalb nach den politischen Motiven aussprechen, welche ebenfalls eine Friedensmöglichkeit eröffnen könnten. Nach dieser Seite muß ich sagen, daß trotz der glänzenden Erfolge unserer Waffen auf Seiten unserer Gegner Friedenswilligkeit, Friedensbereitschaft noch nirgends hervorgerufen ist. Die deutsche Regierung hat wiederholt in Kundgebungen, welche für die breite Öffentlichkeit bestimmt waren, ihrerseits ihren Standpunkt festgelegt. Nichts haben unsere Gegner auszuweisen, was sich einigemachen mit dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Beantwortung der Balfourde in einer Reihe kleiner Punkte. (Sehr richtig!) Und die Neuerungen unserer Gegner, insbesondere der englischen Staatsmänner, welche jede Gelegenheit ergreifen, um in der Öffentlichkeit für ihre Ideen und Anschauungen zu wirken, lassen noch keinen Lichtschein in das Dunkel dieses kriegerischen Dramas fallen. Minister Balfour hat vor einigen Tagen eine auch in der deutschen Öffentlichkeit viel beachtete Rede gehalten, auf die ich mit wenigen Worten eingehen möchte, obwohl ich bisher nur im telegraphischen Auszuge vorliege. In dieser Rede ist die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Weltbeherrschung an sich zu reißen. Diese Legende wird dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nicht wahrer. Ich glaube nicht, daß ein verständiger Mensch in Deutschland jemals vor diesem Kriege die Hoffnung oder den Wunsch gehabt hat, Deutschland möge die Weltbeherrschung erringen, und ich glaube nicht, daß irgend ein verantwortlicher Mensch in Deutschland, geschweige denn Seine Majestät der Kaiser und die Regierung auch nur einen Augenblick daran gedacht haben, es könnte durch Entfesselung eines Krieges in Europa die Weltwirtschaft gewinnen. Der Gedanke der Weltbeherrschung in Europa ist — das hat das napoleonische Beispiel gelehrt — eine Utopie. Die Nation, welche dieselbe verwirklichen wollte, würde sich, wie es Frankreich an der Wende des Jahrhunderts ergangen ist, in nutzlosen Kämpfen verbluten und in ihrer Entwicklung auf das Schwerste geschädigt und zurückgefallen werden. (Sehr richtig!) Dieser Krieg — und hier kann man das zitierte Wort Moltkes anwenden: „Wehe dem, der Europa in Brand steckt.“ — ist anwendbar: „Wehe dem, der Europa in Brand steckt.“ — das zeichnet sich immer deutlicher ab — das Werk Rußlands, der gewissenlosen russischen Politik, der Angst der leitenden russischen Kreise vor der Revolution, welche die unhaltbaren Verhältnisse in dem Lande näher und näher rückt. Ich glaube, man kann jetzt schon sagen, ohne von dem Ergebnis weiterer Enthüllungen und Forschungen dementiert zu werden, daß, je tiefer wir in die Vorgeschichte dieses Krieges eindringen, sich desto klarer ergeben wird, daß die Macht, welche den Krieg eigentlich geplant und gewollt hat, Rußland gewesen ist. Das die anderen Mächte, daß Frankreich als Kriegsheber dabei stillam mitgeschickt hat, daß die englische Politik sehr dunkle Seiten in dieser Beziehung aufzuweisen hat, daß insbesondere die Haltung der englischen Regierung unmittelbar vor dem Kriegsausbruch den russischen Kriegswillen stark entgegen mußte, dafür gibt es bereits genügend Beweise. — Soviel über die Schuld am Kriege. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln und hat vor allem nicht einen Augenblick daran, diesen Krieg für die Weltbeherrschung Europas, geschweige denn zur Weltbeherrschung führen. Im Gegenteil, die deutsche Politik befand sich damals in der Lage, begründete Aussicht zu haben, wesentlich Ziele, die Ordnung der Verhältnisse im Orient und die Ordnung der kolonialen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen in vollkommen zufriedenstellender Weise vermitteln zu können. Also in keinem Augenblick unserer neuen Geschichte war weniger Veranlassung für uns, einen derartigen Brand zu entfesseln, als die Zeit, wo er eintrat.

Ich halte es aber für nützlich und notwendig, nicht nur die Negation zu setzen, nicht nur zu sagen, daß die Balfourde Behauptung ein Hirngespinnst, wenn nicht eine Verleumdung ist, sondern ich halte es für notwendig, in wenig Worten ganz einfach und leicht verständlich zu sagen, was wir positiv wollen. Wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk — und das gilt mutatis mutandis auch für unsere Verbündeten — daß wir unzerstört halb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, frei, stark und unbeeinträchtigt leben können, daß wir über See den Besitz haben, welcher unserer Größe, unserem Reichum und unserer bewiesenen kolonialistischen Fähigkeiten entspricht, und daß wir die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unsern Handel, unsern Verkehr in alle Weltteile zu tragen. (Lebhafter Beifall.) Das sind — ist wenigen allgemein verständlichen Worten die Ziele, der Erhaltung eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. (Ermüdete Zustimmung.)

Ich habe die Ehre gehabt, bei einer früheren Besprechung in diesem hohen Hause darauf hinzuweisen, daß die unbedingte Unverschränktheit des Grundgebietes des deutschen Reiches und seiner Verbündeten eine notwendige Voraussetzung — ich sage ausdrücklich Voraussetzung — für die Aufnahme irgendwelcher Friedensgespräche oder Friedensverhandlungen bildet. Ich habe mir dazu nichts ausgesprochen erlaubt, daß darüber hinaus sämtliche Fragen Gegenstand der Beratung und Gegenstand der Einigung sein können, und ich glaube, so steht die Sache auch heute. Es wird uns von englischer Seite immer wieder der Vorwurf gemacht, daß wir in der belgischen Frage auf englische Anpassungen hin nicht bereit seien, in öffentlichen Erklärungen Stellung zu nehmen. In diesem Punkte differieren auch die grundsätzlichen Anschauungen der kaiserlichen Regierung von denen, welche die englischen Staatsmänner uns zumuten. Wir betrachten Belgien als eine der Fragen im Gesamtkomplex der Fragen, wir müssen es aber ablehnen, in der belgischen Frage sozusagen als Vorermächtigt Erklärungen abzugeben, die uns binden würden, ohne die Gegner auch nur im geringsten festzulegen. (Sehr richtig!)

Was nun den wahrscheinlichen Gang der Ereignisse betrifft, so ist früher vom Reichsanwalt und auch von mir ausgesprochen worden, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung auf dem Wege zum Frieden von öffentlichen Erklärungen, die wir uns gegenseitig von den Rednertribünen aus zurufen, ein wirklicher Fortschritt kaum mehr zu erwarten ist. (Sehr richtig!) Wir können auch unsererseits genau die Worte uns zu eigen machen, die Mr. Asquith am 16. Mai gesprochen hat, wenn wir statt die britische Regierung, die kaiserliche Regierung sehen. Die kaiserliche Regierung hat die Tür nicht für Schritte in der Richtung eines ehrenvollen Friedens geschlossen, und wenn ein Antrag an sie gestellt wird, von welcher Seite er auch kommen möge, wenn er nicht im Ungemessen schwebt, sondern auf festen Grundtagen ruht, dann wird, dessen bin ich sicher, ein solcher Vorschlag nicht an das Ohr eines Tauben klopfen. Wäre das recht deutlich sein. Wir können unsererseits dieselbe Erklärung mit dem Bewußtsein abgeben, daß sie sich mit unserer Politik voll und ganz deckt. Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte, — wann er kommt, darüber möchte ich mir auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben — daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Aufrichtigkeit und Ritterlichkeit hat. Solange jede Anregung von dem einen als Friedensoffensive, als Unternehmung, um zwischen Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder annähernde Versuch auch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern auf das heftigste sofort dekuliert wird, solange ist nicht abzusehen, wie irgendein ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Und ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende kaum erwartet werden können. (Sehr richtig!)

Abg. Gröber (Zit.): Die von Rußland abgeretteten Handelsrauten sollen uns mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen versehen und von Deutschland Schutz und Förderung genießen. Besondere kommen hierfür Finnland und die Ukraine in Betracht. Wir müssen das Vertrauen der ehemals russischen Gebiete gewinnen, um sie von der östlichen Kultur loszureißen. Freilich sind in dieser Richtung die guten Absichten der deutschen Regierung durch eine schlechte Organisation nicht zur Ausführung gekommen. Es ist höchste Zeit, die polnische Frage endgültig zu regeln; denn schon hat die Entente den Polen ein phantastisches Bild eines Großpolen mit freiem Zugange zum Meere gezeichnet. Es handelt sich im wesentlichen um die Wiederherstellung von Kongresspolen. Ein treu mit uns verbündetes Polen wird für unsern notwendigen Schutz mehr bedeuten, als ein irgendwie gehaltener Grenzstreifen. An der polnisch-russischen Grenze würde in einem zukünftigen Kriege die erste Entscheidung fallen: sie muß daher eine strategisch geführte sein.

In Estland ist es nötig, der Bevölkerung in weitestem Maße die Organisation der öffentlichen Einrichtungen zu überlassen. Maßnahmen, wie das Schließen von Schulen, weil der Unterricht in der deutschen Sprache nicht vermehrt wurde, sind ganz falsch einem Volke gegenüber, das sich danach lehnt, als Freund behandelt zu werden. Solchen Gewaltmaßnahmen muß ein kräftiges Quos ego entgegengetreten werden. (Sehr richtig!) Ja, es ist auch, die notwendigen Requisitionen nicht durch einheimische Behörden, sondern durch deutsche vornehmen zu lassen und so das Vertrauen auf die deutsche Verwaltung zu laden. Ganz unverständlich ist auch das Verbot an die Mitglieder des finnischen Landtages, nach Berlin zu reisen. Bei solchen Maßnahmen darf man sich nicht wundern, wenn die anfangs uns sehr geneigte Stimme der Bevölkerung in ihr Gegenteil umschlägt.

Die Unabhängigkeitserklärung von Estland und Livland hat die deutsche Regierung der russischen überlassen; das war ihr gutes Recht auch nach dem Brest-Litovker Frieden, der diesen Völkern das Recht der Selbstbestimmung bis zur Lösung von Rußland gibt. Wenn diese Völker von diesem Rechte Gebrauch machen, so hat Deutschland allen Anlaß, sie hierbei zu unterstützen, zumal sich England sofort verhalten hat, daß dort einzuwirken und an der Spitze festzulegen. (Sehr richtig!) Das hat England auch in Finnland getan. Wir deutscher Seite ist dort der Krieg, der mit Hilfe finnischer Anarchisten geführt wurde, niedergeklungen und unser Schutz muß dem Lande gewährt werden, bis die Ordnung völlig wiederhergestellt ist. Nur müssen wir uns hüten, uns irgendwie in die Art der Ordnung der inneren Verhältnisse einzumischen. Dasselbe gilt für die Ukraine, die auch untern Schutz angetreten hat, und wo man bezüglich nach ihr, über den Einmarsch unserer Truppen. Geweibe ist aus der Ukraine bisher nur in minimalen Mengen zu uns gekommen, doch wird sich das jedenfalls bessern. Unsere Staatsmänner haben hier eine schwere, aber deutsche Aufgabe. Es handelt sich um die richtige Bewertung zum allgemeinen Frieden, nach dem wir uns alle kennen. Die schwebenden Angelegenheiten der finnischen Staatsmänner haben freilich wenig Sinn, daß wir in diesem Jahre noch zum allgemeinen Frieden kommen. Trotzdem kommt es mir vor, daß der Höhepunkt des Weltkampfes vorüber ist. In Frankreich ist die Art der Antrags des Papstes zum erneuten Frieden gehalten worden. Deutschland und seine Kriegsziele sind jedenfalls kein Hindernis des allgemeinen Friedens. Was wir wollen, ist die unverzügliche Anerkennung unserer territorialen Besitztümer und jetzt die Sicherstellung gegen weitere fremdländische Angriffe. Das geht, daß wir die Freiheit der Meere bekommen. Der Weltfrieden, das Niederdrücken, das Kommandieren, die drei Weltkriege der Welt sind es. Das geht, daß wir

Die Judenfrage

ist der Schlüssel zum deutschen Völkern!

Du hast Opfer über Opfer empfangen — nicht Opfer selbst sind sie!

und alle Völker Freiheit des Handels auf den Meeren. Die Einzelheiten zu prüfen, können wir unseren Diplomaten überlassen. Unsere Zustimmung wird ihnen nicht fehlen, wenn sie uns mit den richtigen Forderungen vorangehen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. David (Soz.): Der rumänische Frieden hat zwar formal den Krieg im Osten abgeschlossen, aber tatsächlich glückt und schwelt es noch auf dem Brandherd an allen Ecken und kleine Flammen schlagen empor. Leider fließt auch immer noch deutsches Blut im Osten. Die schwere Sorge, daß dieser Frieden nur eine Atempause sein werde, lastet auf uns. Darum ist es Pflicht des Reichstages, diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es hängen noch dunkle Wolken dort am Himmel, und es wäre sehr schlimm, wenn sie sich von neuem zu einem Kriegswirbel zusammenballten. Die Enttäuschung, die der Ukraine-Frieden gebracht hat, ist allgemein. Dieser sogenannte Brotfrieden hat weder Brot noch Frieden gebracht. Man führt Schwierigkeiten des Transports usw. an. Gewiß, aber der Hauptgrund ist wohl, daß die Männer, die dort die deutschen Interessen zu vertreten haben, nicht mit der richtigen Betonung zu Werke gegangen sind. Man hat geglaubt, mit der militärischen Methode auch eine solche Aufgabe lösen zu können, mit der Befehlsgewalt, mit Strafanordnung und mit dem Bajonett im Hintergrund. So hat man, statt den guten Willen zu erzeugen, den bösen Willen vergrößert. Herr Gröber meint, man müsse es verstehen, mit Frauen umzugehen. Eben dieses Verständnis hat auf deutscher Seite vollkommen gefehlt. Das hat seinen tieferen Grund. Die Herren, die dort die deutschen Interessen wahrnehmen sollen, sehen den Vorgängen der russischen Revolution mit großer Verständnislosigkeit und innerer Ablehnung gegenüber. Der Kern der russischen Umwälzung liegt doch darin, daß dort die proletarischen Massen der Landbesitzer antworten gegen die wirtschaftliche, politische und soziale Herrenstellung der Großgrundbesitzer. Es ist der Niederbruch der letzten großen Feudalherrenschaft auf europäischem Gebiet. Osteuropa folgt damit nur dem Beispiel, das ihm Mittel- und Westeuropa früher gegeben hat. Freilich gibt es auch hier noch Reste der alten Feudalherrenschaft. Der einflußreichste Rest sind die Mittelbauern. Vom ostelbischen Geist aber befreit sind die Männer, die jetzt die deutsche Politik im Osten machen sollen. (Zuruf rechts: Gröber!) Es sind entweder direkt Ostelbier oder hohe Militärs, die sich in die Denkart des preußischen Junkertums völlig eingelebt haben. Die Regierung hat im Osten jetzt fast so wenig Einfluß wie der deutsche Reichstag, die Militäraristokratie entscheidet dort. Es sind gewiß sehr tüchtige Männer von großem Pflichtgefühl, aber es ist für sie unmöglich, sich in Kontakt mit proletarisch-bäuerlichen Massen zu setzen, denn sie sind von Haus aus gewöhnt, denen nur zu befehlen. Das sind die Hinterlassen, sie sind die Herren. (Erneuter Zuruf rechts: Gröber!) Herr Gröber ist General und Unterbefehlshaber des Feldmarschalls v. Eichhorn. Wenn er sich im Gegensatz zu diesem Geist gestellt hätte, würde er die längste Zeit preußischer General gewesen sein. Hier hat er ja Neigung gezeigt, etwas gegen den Stachel zu leiden. Aber da ist er geblieben! (Große Heiterkeit.) Die offiziöse Schönfärberei sucht natürlich mit Hilfe der Zensur die Dinge, die dort vorgekommen sind, zu rechtfertigen. Tatsache ist, daß die deutschen Funktionäre sich, sobald sie dorthin kamen, instinktiv mit den ihnen nächstliegenden Grundherren in Verbindung gesetzt haben. Zu der demokratischen Regierung, die sie zu Hilfe gerufen hatte, hatten sie überhaupt kein Verhältnis. Ihr Streben ging dahin, dem demokratischen Gegenstand ein Ende zu machen. So haben sie mit den Grundherren den Staatsfriede vorbereitet und haben dann die gepanzerte Faust schüßend über die Vorgänge gehalten, durch die sich der neue Herrman in den Sattel schwingt als Diktator von Gnaden der deutschen Militäraristokratie. Diese Vorgänge sind kein Ruhmesblatt für uns, am wenigsten der militärische Einbruch in die Sitzung der Zentralrathe mit vorgehaltenem Revolver und dem Zuruf in russischer Sprache: Im Namen der deutschen Regierung — Hände hoch! Das ist die Methode des Herrn v. Odenburg mit dem Leutnant und zehn Mann. Diese Vorgänge sind für uns außerordentlich peinlich. Schlimmer ist, daß ihre Wirkung für die deutschen Interessen höchst schädlich ist. Ihr Zweck sollte sein, nun endlich das Brot zu kriegen. Aber nicht einmal dieser Zweck ist erreicht worden, sondern lediglich der Haß der Massen des ukrainischen Volkes gegen die deutschen Truppen. Sie sehen in den Deutschen die Helfershelfer einer konterrevolutionären Bewegung, deren Ziel ist, die Errungenschaften der kleinbäuerlichen Bevölkerung gegen die frühere Bedrückung und Ausbeutung wieder zu besetzen. Man sagt, der Herrman will auch eine Agrarreform machen. Aber noch niemals hat es Grundherren gegeben, die ihre eigene Grundbesitzerhaft abgewafft haben. Die ukrainischen Bauern wollen nicht die kommunistische eigentumslose Agrarwirtschaft, aber sie wollen den Boden aus den Händen derer nehmen, die ihn nicht bebauen. Das war auch der Sinn der westeuropäischen Agrarreform. Diese Bewegung geht in der Richtung, wie sich die Dinge vorbildlich in Dänemark entwickelt haben. Jetzt herrscht unter dem deutschen Einfluß in der ganzen Ukraine politische Reaktion mit Versammlungsverboten usw., um eine Landesversammlung in Kiew zusammenzubekommen, die den Zwecken der deutschen Besatzung angepaßt ist. Das ist eine politische Vergewaltigung und die Folge dieses Einbruchs in die inneren Verhältnisse des Landes ist natürlich, daß die Massen von wildem Haß gegen die deutsche Verwaltung erfüllt sind. Die Herrschaft des Usurpators ruht lediglich auf den deutschen Bajonetten. Deshalb ist auch gar keine Aussicht, daß unsere Truppen dort herausgezogen werden können. Wie aus dieser Stimmung des Haßes gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Deutschland geschaffen werden können, ist nicht ersichtlich. Das gleiche Resultat hat man in Finnland erreicht durch die Ermächtigung in den Bürgerkrieg zwischen den kapitalistischen Grundbesitzern in Finnland und der großen Mehrheit der dortigen Arbeiter und Bauern. Nach Niederwerfung der finnischen Widermacht unter dem Schutz der deutschen Truppen hat man ein Blut- und Knochengerüst über die gefangenen Gegner geworfen, hat sogar die sozialdemokratische Landtagsfraktion vollkommen aus der Kammer verjagt und schließlich eine Diktatur geschaffen, die mit Freisprecherung, Verhaftungen, Wahlrechtsveränderung einherging. Der Diktator Soininow hat schließlich mit neun gegen acht Stimmen den Beschluß auf Einführung der Monarchie erlassen, während er bei seinem Besuch in Berlin mit gegenseitiger Erklärung hatte, es denke kein Mensch in Finnland an eine Monarchie, sie seien alle Demokraten und Republikaner. (Zuruf links: Hör!) Ich möchte den Kammer, die etwa auf den finnischen Kongressen reflektieren, ob sie nun aus Medienburg oder aus Berlin kommen, dringend raten, vorher den Beschluß einer aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Konstituante herbeizuführen. Geht er ohne diesen dort hin, so wird sich gegen ihn der Haß des Volkes richten. Ebenso hat sich in Estland und Livland die deutsche Verwaltung durch ihre Politik in erheblichen Gegensatz zu der großen Masse der Bevölkerung gesetzt. Die demokratische Regierung hat man weggeführt und die

alte Ritterschaft und Landschaft wieder aus der Rumpfkammer vorgeholt und etwas neu aufgebürstet. Es ist die reinste Komödie, von einer Volksvertretung ist da keine Rede. So ist dann der Beschluß der Personalunion zustande gekommen. Die alte Regierung hatte die beste Absicht, sich mit der Reichsleitung zu verständigen. Aber man hat ihre Vertreter nicht nach Berlin durchgelassen. Auch in Kurland ist es so gegangen. Fortgesetzt bekommen wir Briefe, die darüber klagen, daß dort niemand etwas von der Wahl einer Volksvertretung wüßte, die Zeitungen würden unterdrückt, man protestiere gegen Beschlüsse, die von einer kleinen Herrenliste ausgingen. Die Folge ist doch hier der Haß auf der ganzen Linie gegen die deutsche Verwaltung. Was soll daraus entstehen?

Nach dem Brest-Litovker Frieden untersteht das Gebiet von Estland und Livland der russischen Oberhoheit. Das hat auch die deutsche Regierung ausdrücklich anerkannt. Die russische Regierung hat das Bestätigungsrecht für Unabhängigkeitserklärungen dieser Länder. Hiernach kann keine Vereinbarung getroffen werden über den Kopf und gegen den Willen der russischen Regierung. Herr von Rühlmann hat erklärt, daß bei allen solchen Vorkehrungen vorher ein Gedankenaustausch mit der russischen Regierung gepflogen werden solle und hierbei werde man sich der rechtlichen Lage wohl bewußt sein, wir hätten das größte Interesse daran, daß wir nicht wieder in einen neuen heillosen Konflikt mit Rußland hineinkommen. Das liegt auch im höchsten deutschen Interesse. Unser dringender Wunsch ist, daß bei den bevorstehenden deutsch-russischen Besprechungen so verfahren werde. Das deutsche Volk will mit dem russischen, aber auch mit den Esten und Letten in Frieden und Freundschaft leben.

Trotz der formalen Unabhängigkeitserklärung Litauens ist alles beim alten geblieben. Statt Selbstverwaltung und Selbstbestimmung herrscht dort die militärisch-autoritative Stappverwaltung nach wie vor. Militärisch zwingende Gründe dafür kann es nicht geben, der eigentliche Grund ist, daß die Herren von der Militärverwaltung auch in die politische Gestaltung dieser Gebiete entscheidend hineinreden und die Kompetenz der politischen Leitung an sich reißen wollen. (Sehr richtig!) Die wiederholten Reichstagsbeschlüsse, eine Selbstverwaltung einzurichten, sind unerfüllt geblieben. Man hat zwar einen Zivilkommissar ernannt, der dem Staatssekretär des Innern untersteht, aber dadurch sollen nur die Maßnahmen der Militärverwaltung nach außen hin von der Zivilverwaltung getrennt werden. Was hat z. B. die militärische Regelung des Schulwesens mit der militärischen Sicherheit zu tun? Die angeblich aufgehobenen Zwangsarbeitsbataillone sind noch da mit all ihren Anzuchtstätten und Scheußlichkeiten. Man hat einfach den Arbeitern höheren Lohn versprochen, wenn sie einen Revers unterzeichnen, daß sie freie Arbeiter sind (Hört, hört!) und so hat man sie im Handumdrehen in freie Arbeiter umgewandelt. Die große, aus dem Kampf gegen den russifizierenden Zarismus und aus zwingenden wirtschaftlichen Interessen entstandene Sympathie der Litauer für uns, das Vertrauen, das sie den deutschen Truppen entgegenbrachten, ist nach Möglichkeit ausgeföhrt, Mißtrauen, Verhinderung und Haß sind geföhrt worden. Die litauischen Parteien, die sämtlich bäuerlicher Natur sind, haben längst einen demokratischen Aufbau ihres Staatswesens gefordert. Demokratie aber ist der Schein und Geruch für die deutsche Militärverwaltung. In Wilna ist ja auch jene famose Schrift zum Dienstgebrauch der Aufklärungsoffiziere der 10. Armee erschienen, die sich gegen die Weltdemokratie richtet, und deren Verständnislosigkeit und fanatischer Haß gegen alles Demokratische man sich vergegenwärtigen muß, um die Klust zu verstehen, die sich zwischen der Militäraristokratie und der litauischen Intelligenz aufgetan hat. Unter dem Vorwand, daß über die Gutmachung der Requisitionen gesprochen werden soll, ladet man die Bauern zu Versammlungen ein, die sich dann für eine Personalunion mit Preußen aussprechen sollen. Aber bei den Litauern ist man damit an die Unruhen gekommen. Ein Teil von ihnen will die Republik, ein Teil eine Monarchie, aber etwa nach dem Vorbild des sozialdemokratischen Dänemark. Man will ja auch schon Georgien mit einem deutschen Prinzen beglücken und der Umsturz von Newwed soll ja eine neue Kontrolle in Albanien spielen wollen. (Heiterkeit.) Man scheint die Ausfuhr der deutschen Prinzen englos betreiben zu wollen, aber man glaube nicht, daß damit die nationale und politische Baluta unseres Staates gehoben wird. (Sehr gut!)

Die Polen werden uns gleichfalls immer mehr entfremdet. Die polnische Frage ist in erster Linie von ihnen selbst zu entscheiden. Deshalb ist es von vornherein zurückzuweisen, daß man z. B. in der Cholm-Frage verhandelt hat, ohne die polnische Regierung zuzuziehen. Was daraus entstanden ist, zeigt die ungeheure Zuspitzung der ohnehin schon so kritischen Verhältnisse in Ostpreußen. (Sehr wahr!) Es gibt gar keine befriedigende Lösung der Ostfragen ohne Freundschaft mit Polen. Die von den Annektionen verlangten Grenzverschiebungen gegen Polen müßten aber dieses Volk geradezu der Entente in die Arme treiben. Statt Freundschaft empfinden die Völker der besetzten Ostgebiete eine neue Knechtschaft, sie empfinden sie schwerer als die zaristische Herrschaft, die so schwer auf ihnen lastete, sie sehen ihr geistiges und politisches Leben geknechtet und meinen, daß diese Jahre zu dem Schlimmsten gehören, was sie seit Jahrhunderten erlebt haben. Das alles geht weit über Kriegsnöten hinaus. (Zuruf der Polen: Vizepräsident Dove: Herr Korjant, Sie brauchen doch nicht immer den Chor zu machen! — Heiterkeit.) Die Entente liegt auf der Lauer nach solchen deutschen Fehlern. Man hüte sich daher, einen neuen, wirklichen Panikismus zu erzeugen, für den in Ostpreußen bedenkliche Voraussetzungen bestehen. Es ist höchste Zeit, umzukehren. Die Grundzüge für die notwendigen Veränderungen ist gegeben; die gemeinsamen Interessen dieser Völker mit uns. Erst dauernde Freundschaft mit ihnen erweitert Mittel- und Westeuropa zu weltwirtschaftlicher Größe. Das Kriegsziel der demokratischen Verständigungspolitik kann durch die militärische Gewalt nicht erreicht werden, sondern nur durch Verständigung auf dem Boden beiderseitiger Interessen. Sehr erfreulich war der Artikel der „Kreuzzeitung“, der ohne Scheu den alldeutschen Annektionenpolitikern die Beschränkung ihres Horizonts vorgeführt hat. Dieser Artikel war eine der besten Begründungen der Friedensbestellung. Die ist nicht irgendeine ad acta gelegte zu werden. Sie besteht und lebt in voller Kraft. Inzwischen haben auch die Nachwahlen gezeigt, daß die große Mehrheit der deutschen Wählerschaft auf dem Boden des Verständigungsfriedens, des Beschlusses der Reichstagsmehrheit steht. (Sehr wahr!) Das deutsche Volk ist bereit, einen Frieden der Verständigung auf der Grundlage beiderseitiger Interessen und wirtschaftlicher Gleichberechtigung jederzeit anzunehmen. Dabei bleibt's, das mag alle Welt wissen! (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Leider besteht die gleiche Bereitschaft zum Frieden auf der Seite unserer Gegner noch nicht. Ein Vergleich zwischen den jüngsten Reden Burians und Balfours beleuchtet scharf die Situation. Die Hauptfrage ist: Ist man bereit, heute gleich sich an den Verhandlungstisch zu setzen? Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt, auf der anderen Seite aber erwartet man noch immer die Entscheidung von den Waffen. Die deutsche Regierung muß volle Klarheit schaffen, daß der annektionlose Verständigungsfrieden sich auch auf Belgien bezieht. Eigentlich ist das klar, leider aber wird von einflussreicher Seite immer noch der Gedanke von Annektionen in Belgien propagiert und das macht sich die Entente zunutze. Auf dieser Politik der Kriegsverlängerung lastet eine schwere Verantwortung. Die deutsche Regierung muß endlich positiv auch in dieser Frage ihre Stellung klarlegen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In dem Moment hört Belgien auf, eine Waffe für die englischen Kriegstreiber zu sein und verwandelt sich in eine Waffe zur Verstärkung der Friedensströmung in den Massen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Balfour freilich hat gemeint, eine Erklärung bezüglich Belgiens genüge noch nicht, und verwies auf Eljas-Lothringen. Darauf müssen wir antworten: Eljas-Lothringen ist überwiegend altes deutsches Land. Der aus direkten demokratischen Wahlen hervorgegangene Landtag hat klar befunden, daß er das Programm der französischen Nationalisten nicht teilt. Die Elässer wollen volle Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches. Das will auch die deutsche Sozialdemokratie und die französische Sozial-

demokratie hat vor dem Kriege das Ziel akzeptiert. (Sehr wahr!) Wir fordern daher, daß Elsaß-Lothringen die volle Autonomie alsbald gewährt wird, daß dem Landtage die volle Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird und die militärische Willkürherrschaft dort aufhört. (Bravo! h. d. Soz.) Deutschland strebt nicht nach Hegemonie über andere Völker, es ist jeden Tag bereit, zu einem Verständigungsfrieden. Wir bedauern tief, daß das Morden im Westen weitergeht. Wir bewundern den Heldenmut unserer Truppen und danken ihnen. Aber als einzig zu verantwortendes Ziel dieser Kämpfe erachten wir die Erringung der Friedensbereitschaft unserer Gegner. An dem Tage, wo dies Ziel erreicht ist, wo unsere Gegner sich bereit erklären, zu verhandeln über einen Frieden auf der Basis der beiderseitigen Integrität, der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, wird das Morden sein Ende nehmen. Niemand im Deutschen Reiche hätte die Macht, den Krieg darüber hinaus um weitergehender Ziele willen fortzusetzen. Das deutsche Volk hat seinen Friedenswillen bekundet. Mögen das nun die Völker der mit uns Krieg führenden Staaten auch ihrerseits tun. Von ihrem Willen hängt es ab, der Menschheit endlich den Frieden zu geben, der nicht ein bloßer Waffenstillstand mit neuen wahnsinnigen Rüstungstreibern, sondern ein Friede der Wiedergeburt des erhöhten Kulturlebens sein kann. Gelingt es im Sinne der Reichstagsauflösung, eine Begrenzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu erzielen, so wird das deutsche Volk dem mit vollem Herzen zustimmen. Das deutsche Volk ist frei von einer überhäuften Selbstgerechtigkeit, die die Völker trennt in solche, die Freiheit und Recht wollen, und solche, die dem Götzendienst des Geldes verfallen sind. (Sehr gut! h. d. Soz.) Es weiß sehr wohl, daß kapitalistische Gewinnjäger und imperialistische Gewaltanbetung auch in Deutschland während des Krieges wahre Orgien feiert. (Sehr wahr!) Möge die Regierung gegen diesen Götzendienst im eigenen Lande Front machen. (Sehr wahr!) Leb. Zustimmung. h. d. Soz.)

Angehts des fünften Kriegswinters muß die Regierung das Augenmerk tun, die Ernährung sicherzustellen. Daß man heute noch sagt, Freuden zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, ist ein Skandal! (Sehr richtig!) Wenn die Regierung es zuläßt, daß das Königswort zum Gespött der Welt wird, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab. (Sehr richtig!) Die Demokratie muß und wird trotz aller Widerstände auch in Deutschland ihren Weg finden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Der Kreuzzeitungs-Artikel hat der Vorrede nicht verstanden. (Lachen und Aharuie links) Im übrigen geben die Artikel nur die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die russische Revolution, die von unseren Sozialdemokraten so begeistert aufgenommen wurde, hat sich nicht als ein Aufstieg zu einer höheren Ordnung bewiesen. Für Deutschland gibt es nur ein Ziel unsere Sicherheit zu schützen. Darum müssen wir unsere Grenzen weit nach Osten hinauschieben. Eine österrussisch-polnische Veronalunion würden meine Freunde nicht begrüßen. Die von Dr. David vorgebrachten Fälle militärischer Verstöße in den besetzten Gebieten beweisen ich. (Widerspruch des Abg. David.) Der deutsche Einfluß auf die Ostprovinzen muß aufgebaut werden, schon um ein Fesseln der Engländer im Baltikum zu verhindern. (Sehr richtig! rechts.) Möge es der Heimatsregierung der Ukraine bald gelingen, dort geordnete Verhältnisse herbeizuführen. In Finnland ist das mit unserer Hilfe geschehen. Ein starkes Finnland ist auch ein starker Schutz gegen das Eindringen Englands über die Мурманbahn in Rußland. Am ungeklärtesten sind die Dinge in Großrußland. Hier weiß man heute noch nicht, was der morgige Tag bringt. Unsere Politik muß nach festen zielbewußten Richtlinien geführt werden. In dieser Beziehung habe ich einen Teil der Ausführungen des Staatssekretärs Kühlmann nicht ohne schwere Besorgnis gehört. (Sehr wahr! rechts.) Daß niemand eine deutsche Welt Herrschaft will, ist selbstverständlich, aber mit der Aufstellung der Ziele, die Herr Kühlmann nannte, ist wenig erreicht. Es kommt auf die Wege an, auf welchen sie erreicht werden. Die Abschaffung des Blockade- und Seebottens kann durch Verträge allein nicht erreicht werden, denn im Kriege werden die Verträge nicht beachtet. Wir müssen fordern, daß die Regierung auch in bezug auf die Wege ein festes Programm hat und entschlossen ist, es durchzuführen. Hier haben wir nach der heutigen Rede Kühlmanns, wie gesagt, ernste Besorgnis. Mit den Ausführungen über die am Kriege Schuldigen, hat der Staatssekretär ein Kriegsziel ausgegraben, das eigentlich schon begraben war. England ist es, das die ausschließliche Herrschaft über die Welt und die Meere anstrebt. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb war es seit Jahren geschlossene Sache, Deutschland zu vernichten, deshalb ist England der intellektuelle Urheber dieses Krieges. Es war 1914 der Luft und Rußland der blinde Führer. Es handelt sich allerdings hier um einen Kampf von Weltanschauungen, um den Kampf gegen den Götzendienst des Geldes. (Gr. Heiterkeit links.) Wir müssen unsere Stellung in der Welt auch gegen den Willen Englands behaupten. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, daß Belgien und die skandinavische Küste unter deutschem Einfluß bleiben. Die Erklärung, daß wir auf alles außer der Integrität zu verzichten bereit sind, ist nicht geeignet, den Friedenswillen der Feinde zu härten. (Sehr richtig! rechts.) Sie wirkt als neues Friedensangebot. Daß zu einem Friedensschluß Verhandlungen gehören, ist eine Binsenweisheit. Aber die Voraussetzung ist, daß die Feinde verhandeln wollen. Dazu muß man sie zwingen und das einzige Mittel dazu ist der Sieg der Waffen. Der Staatssekretär schien nicht dieser Meinung zu sein. Ich kann es mir allerdings nicht recht denken. Der Staatssekretär würde damit keine günstige Stimmung bei den Truppen auslösen. (Sehr richtig! rechts.) Und er würde sich damit in Widerspruch setzen mit Grundgedanken aller Art, die jetzt betont haben, daß nur der Sieg der deutschen Waffen uns zum Ziele führen kann. Wir vertrauen darauf, daß unsere Feldherren die rechte Zeit und den rechten Ort für den Sieg finden werden. (Lebh. Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

W.B. Berlin, 24. Juni, abends. (Amtlich.)
Von den Kampffronten nichts Neues.

Die Kämpfe in Italien.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.

Wien, 24. Juni. (Amtlich.)

Die durch Hochwasser und Witterungsunbilden entstandene Lage veranlaßt uns, den Montello und einige Nebenschichten unserer auf dem rechten Piave-Fluss kämpfenden Stellungen zu räumen. Der hierzu schon vor 4 Tagen erteilte Befehl wurde trotz der mit dem Herwechsel verbundenen Schwierigkeiten so angeordnet, daß dem Gegner unsere Bewegungen voll verstanden blieben. Mehrere der bereits geräumten Stellungen waren gestern das Ziel harter italienischer Geschützfeuer, die sich stellenweise bis zum Trümmerschaufel steigerten. Auch feindliche Infanterie ging gegen die von uns verlassenen Gräben zum Angriff vor, sie wurde durch unsere Fernbatterien zurückgetrieben.

Italienischer Heeresbericht.

W.B. Rom, 24. Juni. Das Oberkommando teilt mit, von Montello bis zum Meer ist der Feind geschlagen und geht, von unseren tapferen Truppen verfolgt, in Unordnung über die Piave zurück.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 25. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Das tagsüber mäßige Artilleriefeuer wurde am Abend in einzelnen Abschnitten lebhafter. Die Artillerietätigkeit blieb reger. Südlich der Scarpe und auf dem Westufer des Arosflusses machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach harter Feuerwirkung griff der Feind mit mehreren Kompagnien auf dem Nordufer der Nisne an. Im Gegenstoß wurde der Angriff abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg.

Die Zahl der gestern früh von brandenburgischer und thüringischer Landwehr östlich von Sadonvillers eingebrachten Gefangenen — Amerikaner und Franzosen — hat sich auf 60 erhöht.

Leutnant Dietz errang seinen 20. Lufttag.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lindendörffl.

Der Völkerbund.

Der englische Außenminister bei Ausbruch des Krieges, Viscount Grey, hat dieser Tage eine Broschüre erscheinen lassen, in der er den Völkerbund aller Nationen mit ausdrücklichem Einschluß Deutschlands propagiert. Die Auszüge, die Reuters aus dieser Broschüre übermittelt, reichen nicht hin, ein abschließendes Urteil über ihren Wert zu fällen. Aber jedenfalls zeigen sie den englischen Exminister in ganz anderem Lichte, als ihn die alldeutsche Kriegselogende zu malen bestricht ist.

Natürlich sucht man jetzt erst recht Greys Propaganda des Völkerbundes als ein besonders gerissenes und hinterlistiges englisches Manöver hinzustellen, um Deutschland in einer feil gelegten Schlinge zu ertappen. In Wirklichkeit sind Greys Gedankengänge die typischen Anschauungen des bürgerlichen pazifistischen Ideologen, die zwar vom Standpunkte der sozialistischen Erkenntnis manche Kritik herausfordern, weil sie die der kapitalistischen Ausbreitung innewohnenden Kräfte viel zu wenig berücksichtigen, deren Gesinnung aber durchaus Anerkennung verdient. Wie wenig Grey auf eine Entroffnung Deutschlands ausgeht, das zeigen die Schlusssätze des von Reuters veröffentlichten Auszuges seiner Schrift, die lauten:

Alle müssen aus diesem Kriege lernen. Die Vereinigten Staaten und die Alliierten können die Welt nicht vom Militarismus erretten, wenn nicht Deutschland aus diesem Kriege lernt und sie werden weder die Welt noch sich selbst durch einen völligen Sieg über Deutschland retten, bevor auch sie gelernt haben, daß der Militarismus der tödliche Feind der Menschheit geworden ist.

Der Zukunfts-Frieden ist vielleicht nicht die schlechteste Lehre dafür, daß die Beziehungen der Staaten nach dem Kriege nicht auf der Basis der Gewalt geregelt werden können, sondern, daß ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft und einer Heilung der durch den Krieg geschlagenen Wunden nur durch eine friedliche Verständigung möglich ist, die den guten Willen aller beteiligten Staaten erzeugt, miteinander, nicht gegeneinander zu arbeiten.

Die Ukraine und Bessarabien.

In einer neuen Note der ukrainischen an die rumänische Regierung hält erstere die Ansprüche der Ukraine an Bessarabien aufrecht.

Die Agrarfrage in der Ukraine.

Ein Deutscher, der seit längerer Zeit in der Ukraine weilt und der dort die Entwicklung der Agrarverhältnisse beobachtet, macht uns darüber eine Reihe interessanter Mitteilungen: Alle Sachverständigen waren sich darüber klar, daß die Durchführung des Agrarprogramms der Bolschewiki eine sehr wenig zweckmäßige und ergebnislose Zwergwirtschaft herbeigeführt haben würde. Da in der Ukraine die getrennte Wirtschaftsweise der Felderwirtschaft ist, braucht ein Landwirt, der auf seiner Scholle sein Fortkommen finden will, mindestens 30 Desjatinen Land (eine Desjatine entspricht ungefähr einem Hektar). Ebensovienig wünschenswert wie eine Zerplitterung des Landes in Zwergwirtschaften ist nun allerdings auch der Fortbestand des Großgrundbesitzes, der bisher in der Ukraine eine ähnliche Rolle spielte. Was man hierzulande unter Großgrundbesitz versteht, möge dem deutschen Leser die Tatsache zeigen, daß Güter, die 70 000, 80 000, ja bis 120 000 Hektar umfassen, nicht gerade eine Seltenheit sind.

Um zwischen diesen Extremen, den Riesenbetrieben und der Zwergwirtschaft, den rationalen Mittelweg zu finden, ist man an die Ausarbeitung eines neuen Agrargesetzes gegangen. Man hat eine Kommission eingesetzt, die mitten in ihrer Arbeit steht. Als ihre Hauptaufgabe sieht es diese Kommission an, den Großgrundbesitz auf legalem Wege zu beseitigen und neuen leistungsfähigen kleinbäuerlichen Besitz zu schaffen. Man wird allerdings zur Erreichung dieses Zweckes auch vor einer zwangsweisen Enteignung des Großgrundbesitzes nicht zurückbleiben. Vorläufig wird man das Ziel dadurch zu erreichen suchen, daß das Gesetz einem Bauern nur die Erwerbung eines Landbesitzes bis zu einem bestimmten Ausmaß gestattet, wogegen einer natürlich verkaufen kann, soviel er will.

Bei dieser Gelegenheit teilt uns unser Gewährsmann noch mit, daß die Ernte gut stehe. Es kommen zwar noch Fälle von Erntelage vor, doch sind diese so selten, daß sie das Ernterisiko nicht im mindesten tangieren können.

Die in Deutschland noch viel verbreitete Auffassung, der regierende Hetman sei der Mann des Großgrundbesitzes, wird für völlig falsch erklärt.

Zu der angeblichen Anregung Wanderveldes

auf eine Zusammenkunft mit Vertretern der deutschen und österrussischen Sozialdemokratie erfahren wir, daß dem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie von einer solchen Einladung durch Wandervelde nichts bekannt ist.

Großbritannien ein Bundesstaat?

Der „Temps“ meldet aus London: Die Aufgabe von Homerus, die von Lord Curzon im Oberhaus bekanntgegeben wurde, soll die Vorlage eines umfassenderen Projekts zur Folge haben, das aus nichts geringerem Besteht, als in der Umbildung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland in einen Bundesstaat, einen Verband der britischen Inseln. Dieses Projekt soll vor dem Herbst völlig ausgearbeitet werden. Man erwartet, daß in Irland mit der Aenderung des politischen Regimes auch ein obstruktiver Militarismus in gewissem Umfang eingeleitet wird. Ein Komitee der beiden Häuser, das Vertreter aller politischen Parteien umfaßt, hat sich bereits gebildet und wird in nächster Zeit von Lloyd George empfangen werden, dem es die Vorteile einer Reorganisation des Königreichs auf föderativer Grundlage darlegen wird. Es sollen bei dieser Neuordnung die Verhältnisse von England, Wales, Schottland und Irland auf gleichen Fuß gestellt werden. Man ist der Ansicht, daß Lloyd George diesem Plan gütig gestimmt ist.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 25. Juni. (Amtlich.) Unsere Unterseeboote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, vorwiegend im Kanal, wiederum 17 500 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelsschiffsräume vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ernährungsfragen.

Was uns das System Köffle bringen würde.

Da die Verbraucher und glücklicherweise auch die für die Volksernährung verantwortlichen Stellen alle Experimente mit dem freien Handel, mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft ablehnen, weil die Zeit der Knappheit die ungeeignetste für so gefährliche Versuche ist, wird von der „Deutschen Tageszeitung“ und ihr verwandten Blättern immer wieder auf die guten Erfahrungen mit der größeren Freiheit in Oesterreich-Ungarn hingewiesen und neuerdings weist man besonders laut das „belgische System“ hervor. Man überweist aber geflissentlich alle Nachrichten über die Lage der Verbraucher in diesen freihandlichen Ländern.

Wie es in Oesterreich-Ungarn in Wirklichkeit aussieht, das haben wir ja jetzt durch Nachrichten über die Herabsetzung der Brotzation in Wien erfahren. Sehr lehrreich ist aber auch, was der Beirat des Reichskommissariates für das Wirtschaftsgesetz feststellen in einer Eingabe an die Staatskanzlei in Prag schreibt:

„Mit Verordnung der A. K. Staatskanzlei in Prag vom 12. Mai 1918 wurde in Böhmen der Einkauf von Schweinen grundsätzlich freigegeben. Waren die im Fleischmarkt bisher gezahlten Preise schon ungewöhnlich hoch und übertrieben die amtlich festgesetzten Höchstpreise regelmäßig, so ist, seitdem die Freigabe des Verkehrs mit Schweinefleisch erfolgte, eine geradezu auffallende sprunghafte Steigerung der Schweinefleischpreise zu verzeichnen, deren Ende bisher noch gar nicht abzusehen ist.“

Während vor dieser Freigabe Schweinefleisch gewöhnlich nur nicht zum amtlichen Höchstpreis, immerhin jedoch um einen Betrag von 15—17 Kronen für ein Kilogramm gekauft werden konnte, liegen die Preise fast unmittelbar nach Freigabe des Verkehrs sofort weit über 20 Kronen, und schon in den nächsten Tagen darauf über 30 und später über 40 Kronen. Jetzt wird für Schweinefleisch pro ein Kilogramm ein Betrag von 44—50 Kronen, für Schinken im rohen Zustande bis 60 Kronen verlangt. Diese Erhöhung ist wohl der deutlichste Beweis dafür, daß die Freigabe des Handels mit den notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln in der jetzigen Zeit der außerordentlichen Verhältnisse nicht geeignet ist, die Preise zu verbilligen, sondern im Gegenteil zu ganz außerordentlichen Preiserhöhungen führt, so daß vor einer Wiederholung des Experiments nicht dringend genug gewarnt werden kann.“

Und in Belgien sieht es nicht anders aus!

Im Juni 1918 wird dem „Vorwärts“ geschrieben: „Brüssel ist ein kleines Pfälzer geworden; ein sehr teures. Jedes gibt es keinen der herkömmlichen Wünsche, der sich hier nicht berriedigen ließe. Nur Geld muß man, wie gesagt, imbeutel haben. Die Schaulenier der Schlachtereien trotzen von Lederbüßen. Mit Interesse lese ich die angegebenen Preise: Ein Pfund Quast zehn Mark, ein Pfund Schinken 12 Mark, ein Ei 80 Pfennige, ein Pfund Butter 12 Mark. Alles sündhaft teuer, aber vorhanden ist alles. In den Schaufenstern der Schuhgeschäfte noch vorhandene Ziffern. Ein Paar Schnürstiefel, die man vor dem Kriege mit 15 bis 20 Mark bezahlte, kosten jetzt 100—120 Mark. So die Preise, nicht etwa, daß es um den Rest der Ware ginge. Durchaus nicht. Es wird eben gefordert.“ ... Das ist das Paradies, in das uns die „freie“ Landwirtschaft und der „freie“ Handel bringen wollen!

Einen guten Fang

gemacht haben die Beamten der Reichsgetreibeckel mit Unterführung von Militär. Sie haben 155 Zentner Nahrungsmittel, Graupen, Getreide und Erbsen, die aus einem Gute des Kreisles Kassel stammten, und bei zwei Landwirten in Rotbor untergebracht waren, beschlagnahmt und als dem Staate verfallen dem Kommunalverband überwiehen. Die fortgesetzten Vergehen großer Landwirte gegen unsere Volksernährung haben im merkwürdigen Gegenstand zu verchiedenen Akten und Erlassen, in denen oft im Gegensatz zu der Arbeiterschaft von der ausnahmslosen Pflichterfüllung der Landwirtschaft die Rede ist.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Dienstag, 26. Juni.

Aus Lübecks Musikleben.

Der Verein der Musikfreunde in Lübeck erstattet jedoch keinen Bericht über das 22. Geschäftsjahr. Wie darin hervorzuheben wird, ist es dem Verein trotz mancherlei Schwierigkeiten gelungen, seine künstlerischen Vorhaben auf alter Höhe zu erhalten. Dazu haben besonders die Bemühungen des Leiters des Orchesters, Herrn Dr. Göhler, beigetragen, der sich bei der Zusammenführung der Programme sowohl der Symphonie- wie der vollständigen Konzerte vornehmlich künstlerischen Gesichtspunkten nach

Einmalige Symphonie- und Orchesterkonzerte, wie auch die Konzerte des Philharmonischen Chors fanden im vergangenen Winter im Stadttheater statt. Mit dieser Neuerung war das Publikum durchaus einverstanden, wie der epheborische Besuch zeigte. Die vollständigen Konzerte waren fast immer ganz ausverkauft. Das mit der Verlegung der Konzerte von der Stadthalle ins Stadttheater deren Zahl recht erheblich zugenommen ist, wird in dem Bericht nicht besonders hervorgehoben, obwohl das nicht als Nebenächlich zu betonen ist.

Im Winter 1917/18 fanden 21 vollständige Konzerte statt, die von insgesamt 21.751 Personen (15.815 im Vorjahre) besucht waren. Die Gesamteinnahme belief sich auf 9590,24 Mk. (6935,45 Mk. i. V.). Die Gesamtbuchungszahl der Symphoniekonzerte stellte sich auf 5488 (4057), der Gesamtbesuch der Hauptproben durch Mitglieder auf 5038 (3434), der Gesamtbesuch der Hauptproben 2258 (1147). Die Gesamteinnahme aus den Symphoniekonzerten einschließlich Hauptproben betrug 14.608,89 Mk. (8403,70 Mk.). Zwei Konzerte des Philharmonischen Chors, der im Berichtsjahre aus 150 Damen und 28 Herren bestand, erbrachten für 1190 verkaufte Einzelkarten 2945,16 Mk.

Auf die Programme der einzelnen Konzerte soll hier nicht eingegangen werden. Sie brachten viel Gutes und vor allem Bewährtes. Der Wunsch, es möchten mehr zeitgenössische Komponisten hier zu Wort kommen, als das bisher der Fall war, bedarf jedoch noch immer größerer Berücksichtigung. Das Orchester bestand im Winter 1917/18 aus 40 Musikern; zu den Symphoniekonzerten wurden Hilfsmusiker hinzugezogen.

Der finanzielle Träger aller Veranstaltungen des Vereins der Musikfreunde ist in erster Linie der Staat, der dafür aus seinen Mitteln jährlich insgesamt 70.500 Mk. als Subvention zahlt, davon 19.600 Mk. auf dem Umweg über die Behörde für Travenmünde. Von den Mitgliedern des Vereins wurden durch Beiträge 9779 Mk. aufgebracht. Die Direktion des Stadttheaters zahlte für das Orchester 26.000 Mk. Nach dem Vorschlag für 1918/19 wird diese Zahlung auf nicht weniger als 47.000 Mk. erhöht, also fast verdoppelt. Da ja bekanntlich auch das Stadttheater nur mit erheblicher Unterstützung aus Staatsmitteln betrieben werden kann, so ergibt sich als Endeffekt, daß doch wieder der Staat es in letzter Linie ist, der die erhöhte Summe aufzubringen hat, welche die städtische Bühne für die Musik an den Verein für Musikfreunde zahlen soll.

Die Ausgaben beliefen sich auf insgesamt 131.135,64 Mk. Davon entfallen 109.062,25 Mk. auf Musikergagen, 5075 Mk. auf Solistenhonorare, 1212,10 Mk. auf Noten, 15.796,29 Mk. auf diverse Unkosten.

Für den kommenden Winter ist eine Veränderung resp. Erhöhung der Preise für die Konzerte vorgesehen. Ein Platz 1. Rang-Loge, 1. Rang-Balkon Reihe 1 bis 4 1,25 Mk., 1. Rang-Balkon Reihe 5 und 6, Sperrlog. und 1. Parquet 1 Mk., 2. Parquet, Sitzparterre, 2. Rang und 3. Rang 50 Pfg. In der nächsten Spielzeit sollen Dauerkarten für die vollständigen Konzerte nur an Vereinsmitglieder ausgeben werden.

In der Generalversammlung des Vereins der Musikfreunde am letzten Sonnabend machte Herr Kapellmeister Dr. Göhler Mitteilungen über die Pläne für den nächsten Winter. Beethoven's 9. Symphonie, der erste Teil von Gluck's Oratorium „Jesus“, dessen zweiter Teil hier bereits zweimal wiedergegeben wurde, wird in Aussicht genommen. Als Solisten werden in den Symphoniekonzerten mitwirken die Cambrala-Künstlerin Frau Wanda Landowska, der Geiger Adolf Busch, der das Brachms-Konzert spielen soll, die Sängerin Sigrid Hofmann-Oregitt von der Stadtgarter Hofoper und der Pianist Wjaja Nikifor, der Sohn des berühmten Dirigenten.

Ein schwerer Unglücksfall

dem leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich gestern nachmittags um 2 1/2 Uhr auf dem Hochofenwerk. Dort waren Arbeiter damit beschäftigt, Eisenteile der Drehkonstruktion der Maschinenhalle zu streichen. Zu diesem Zweck war dort ein Gerüst angebracht, von dem eine weitere Leiter zur Decke führte. Um die erwähnte Zeit brach nun eine Leiter des Gerüsts und der darauf befindliche Arbeiter Stiegmann wie ein Stein in die Tiefe, mit ihm Leiter und Gerüstbreiter. Stiegmann erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er nach einer Stunde starb. Eine Frau und sechs Kinder trauern um den Verlust ihres Ernährers. Tiedemann, der einen Arm- und Beinbruch

erlitten hat, wurde in bezugnehmendem Zustande mittelst Sanitätswagens dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt. Ein Sohn des verunglückten Stiegmann, der dort ebenfalls beschäftigt war, konnte sich glücklicherweise noch retten.

Verwertung angeäuertter Milch im Haushalt.

In der jetzigen Sommerzeit ist es zumal infolge der vermehrten Beförderungsmöglichkeiten nicht immer zu vermeiden, daß die Bezugsberechtigten Milch in angeäuertem Zustande erhalten. Da saure Milch ein ebenso wertvolles Nahrungsmittel darstellt wie süße Milch, so ist ihre reifliche Verwertung im Haushalt in der Kriegszeit von besonderer Bedeutung. Vielfach wird angeäuert Milch von den Hausfrauen zur Bereitung von Käsequark benutzt, jedoch gehen hierbei die in den Molken verbleibenden wertvollen Nährstoffe, besonders der Milchzucker, verloren. Dies kann leicht vermieden werden, wenn das Zusammengeben der angeäuerten Milch beim Kochen durch einen geringen Mehlsatz verhindert wird. Für 1 Liter Milch verwendet man einen Eßlöffel voll Mehl. Das Mehl wird mit wenig ungetohter Milch in einer Tasse glatt gerührt und alsdann der anderen Milch zugegeben, die nunmehr unter ständigem kräftigem Umrühren zum Kochen erhitzt wird. Durch das ständige Rühren wird das Zusammenballen und die Abscheidung des Käsefettes in größeren Klumpen verhindert, und man erhält eine Milch, die, ähnlich wie Buttermilch, das Milchweiß in feinstöckigem Zustande enthält und nicht nur ein wohlschmeckendes Getränk darstellt, sondern auch in Suppenform genossen werden kann, ohne daß irgend welche Nährstoffe verloren gehen. Insbesondere ist die so zubereitete Milch auch für die Kinderernährung gut geeignet.

Sämtliche Angehörige des unangebildeten Landsturms 1. Aufgebots, die in der Zeit vom 1. April bis einschließlich 30. Juni 1901 geboren sind, werden hiermit aufgefordert, sich in der Zeit vom 2. bis einschließlich 4. Juli 1918, vormittags von 9—11 Uhr, bei nächstehend angeführten Meldestellen zur Landsturmrolle anzumelden. Es haben sich zu melden: 1. aus den Landgemeinden: Bei dem Polizeibezirk in Ruzje: Die Mannschaften aus den Gemeinden Nulle, Poggensee, Rigerau; bei dem Polizeibezirk in Groß-Schretzkau: Die Mannschaften aus den Gemeinden Groß-Schretzkau, Klein-Schretzkau und Tramm; bei dem Polizeibezirk in Harmsdorf: Die Mannschaften aus den Gemeinden Absfelde, Behndorf, Dühelsdorf, Giesendorf, Harmsdorf, Hohenbel und Siertzrade; bei dem Polizeibezirk in Travemünde: Die Mannschaften aus Travemünde, Gneversdorf und den Landgemeinden Broden, Jendorf, Könnau und Tentendorf; bei dem Polizeibezirk in Schlutup: Die Mannschaften aus Schlutup; bei dem Polizeibezirk in Kura: Die Mannschaften aus den Gemeinden Kura, Krumbel, Dillau und Walkendorf; bei dem Polizeibezirk in Kücknitz: Die Mannschaften aus Kücknitz und den Landgemeinden Dammersdorf, Böppendorf, Herrenhof und Siems. 2. Die in der Stadt Lübeck nebst Vorstädten und den vorstehend nicht genannten Gemeinden wohnhaften Mannschaften in Lübeck im Geschäftszimmer der Erziehungskommission, Marktstraße 6, 1. Stock. Bei der Anmeldung haben diejenigen Mannschaften, welche im lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtschein vorzulegen. Geburtscheine, gültig für Militärzwecke, werden beim Standesamt des Geburtsortes kostenfrei ausgestellt.

30 Kubikmeter beträgt die für den Monat Juli ohne Strafzuschlag freigegebene Gasmenge.

Neuregelung des Militärurlaubverzehrs. Für den Urlauberverzehr nach und von der Westfront sind neue Bestimmungen getroffen worden. Urlaubsreisen zwischen der Westfront und der Heimat sollen grundsätzlich in Militär-Urlaubszügen zurückgelegt werden. Vom Lustreisebahnhof des Urlaubers bis zum Urlaubsort (Hinfahrt) und vom Urlaubsort bis zum Einreisebahnhof (Rückfahrt) darf der Urlauber jeden beliebigen, der Bahnverkehrsverwaltung dienenden Zug, also auch Schnellzug, wählen. Im übrigen ist die Benutzung von Schnellzügen u. a. nur gestattet: 1. bei Todesfällen oder schwerer Erkrankung nächster Angehöriger sowie zur Regelung privater Angelegenheiten, die die sofortige persönliche Anwesenheit des Beurlaubten erfordern; 2. für Burischen kriegsbeschädigter Offiziere und höherer Beamten, die auf Reisen fremder Hilfe bedürfen und 3. für Burischen von Offizieren und höheren Beamten bei Antritt eines Kommandos; 4. für Burischen von Stabsoffizieren in Regimentskommando-Stellungen und aufwärts sowie höherer Beamten gleichen Ranges. Offizieren und im gleichen Range stehenden Beamten ist die Wahl des Zuges bei Urlaubsreisen freigestellt.

Lübendorff-Spende. Die Volksammlung für die kriegsbeschädigten wird diese Woche beendet. Wenn die Hoffnungen auf die noch ausstehenden Spenden nicht fehlschlagen, wird

der Betrag der Lübecker Sammlung im Verhältnis zur Bevölkerungszahl an erster Stelle im Reiche stehen. Die kriegsbeschädigten unseres Lübeckischen Staates dürfen dann einer besseren Unterstützung für lange hinaus sicher sein. Dem schönen Werke dieser Volksaktion zu sichern gilt diese Mahnung in letzter Stunde. Spenden werden bis zum 30. Juni von allen Banken entgegengenommen.

Einzahlung der Nickelmünzen. Die noch im Verkehr befindlichen Nickelmünzen sollen möglichst schnell eingezogen werden. Alle Postkästen sind daher angewiesen, für die schleunige Weiterführung der vorhandenen oder noch eingehenden Nickelmünzen an die zur Entgegennahme der Barüberprüfungen bestimmten Stellen zu sorgen.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die auf heute, Dienstag, angelegte gewöhnliche Aufführung von „Schwarzwaldmädel“ muß, eingetretener Hindernisse halber, um einen Tag, auf Mittwoch verschoben werden. Vielfach geäußerten Wünschen zufolge findet heute eine Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen statt, bei welcher die beliebte Operette „Stolze Thea“ zum unwiederbringlich letzten Male zur Aufführung gelangt.

Den Offenbarungsdiensten im Monat Mai eine männliche und eine weibliche Person vor dem hiesigen Amtsgericht.

Neumünster. Großfeuer vernichtete in der Nacht zum Sonntag zu Eickhagen bei Vrostfeld Korn- und Lohmühle nebst Speicher des Mühlenbesizers Christian Stubbe. Große Vorräte, namentlich an Loh, sind mitverbrannt. Alle Wehren aus den umliegenden Ortschaften waren zur Stelle und auch am Sonntag noch mit dem Abbläsen beschäftigt. Wodurch das Feuer, das in der Mühle seinen Anfang nahm, entstand, ließ sich nicht feststellen. Der Gesamtschaden ist groß.

Lübtheen. Eine politische Pensionierung. Im Alter von 37 Jahren wird zum 1. Juli der Seminarlehrer am Großherzoglich Mecklenburgischen Seminar zu Lübtheen, Sinfowich, unter Weitergewährung seines derzeitigen vollen Gehalts aus seinem Amte ausscheiden und in den Ruhestand treten. So meldet das einschlägige Amtsblatt. Daß ein geliebter Mann im leistungsfähigsten Alter auf den Altenteil gesetzt wird, das mag in dieser Zeit des allgemeinen Mangels an Kräften auf allen Gebieten manchen merkwürdig erscheinen. Wer die mecklenburgischen Verhältnisse kennt, dem ist die Sache schon erklärlicher. Sinfowich war einer der einflussreichsten Lehrer des Lübtheener Seminars, der gerade das letzte Land mit Lehrern versorgt. Und ausgerechnet dieser Lehrer war — fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter! Nun denke man sich einen fortschrittlich geformten Lehrer, der mecklenburgische Guts- und Dorfschullehrer heranzubilden soll. Der Mecklenburgische Landtag, in dem bekanntlich die großgrundbesitzenden Junker den Ausschlag geben, war schon lange von der Unhaltbarkeit dieses Verhältnisses fest überzeugt. Nunmehr hat Sinfowich sich nach Verhandlungen mit der mecklenburgischen Regierung bereit erklärt, aus seinem Amte zu scheiden, wenn ihm sein volles Gehalt als Pension gezahlt würde. Er tat das, wie von seinen politischen Freunden erklärt wird, in Rücksicht auf die Beschlüsse des sogenannten mecklenburgischen Landtages. Er ist also dem Drängen der „Ritter“ gewichen. Hätte er ihnen die Zähne gezeigt, so würde das zweifellos mehr imponiert haben.

Rohock. Vom Gewitter überrascht wurden auf einem Ackerstück des Pächters Heinrich Pawenhagen in Bramow etwa 20 Frauen, die sich beim Brutensplanzen befanden. Der Blitz schlug in eine Gruppe derselben und traf die Ehefrau des Kupferschmieds Pöhning aus der Doberaner Straße in Rostock. Die Frau war sofort betäubt. Der Blitz traf sie offenbar am Nacken, ging um die Brust herum, den Rücken und an einem Bein herunter und zerriß das Beinkleid und den Schuh. Er hinterließ auf dem Körper der Frau zwei breite Streifen. Die Betroffenen mußte sofort nach der Rostocker Universitätsklinik geschafft werden, wo sie sich inzwischen einermäßig erholt hat. Nachteilige Folgen dürfte der eigenartige Blitzschlag für sie nicht haben. Weiter fuhr ein Blitz in der Nähe des Bahnwärterhäuschens am Bahnübergang der Rostock-Marnmünder Chaussee in die Leitungsdrahte der Eisenbahn. Er zerriß einige Drahte und störte dadurch die Fernsprecheverbindung zwischen den Stationen Rostock-Bramow.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I. Die Abgabe von Kartoffeln wird für die laufende Woche auf Abchnitt 9 der 10. Kartoffelserie beschränkt. Die Abchnitte 10 und 11 dürfen in dieser Woche nicht mehr beliefert werden. Ueber deren Belieferung mit Kartoffeln wird näheres noch bekannt gemacht werden.

II. Die Kartoffelhändler haben sämtliche Abchnitte, die sie im Besitz haben, bis zum 26. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, der städtischen Kartoffelstelle einzureichen.

III. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 25. Juni 1918. (2995)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 24. bis 30. Juni 1918 werden 250 gr Rindfleisch oder 500 gr Schweinefleisch oder 250 gr angeräucherter oder 200 gr Bismarck, auf die Rindfleischkarte die Hälfte, ausgegeben.

Lübeck, den 24. Juni 1918. (2991)

Das Polizeiamt.

Verkauf von holländischen Enten.

Sie auf weiteres werden vom Marktstellenanwieser wöchentlich während der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Enten entgegenzunehmen.

Der Preis beträgt Mk. 4.00 für das Hund.

Eine Anordnung auf die Fleischkarte findet nicht statt. Die Ausgabe der Enten findet nur Mittwochs und Sonnabends von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags in der Markt- und gegen Vorzahlung statt.

2984

Der Ernährungsausschuss.

Barbier- und Frisier-Laden
mit Salon, Kapelle unter
B L an der Sp. 1. 26. (2961)

Getragene Taschenrechner
für neu, unter Garantie. (2960)
Matern, Besterstraße 26.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Um die zur Verteilung gelangenden Waren unseren werthen Mitgliedern ohne Störung weiterliefern zu können, bitten wir

die neuen Lebensmittelkartenhefte

in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli 1918

in unseren Warenabgabestellen anzumelden.

Der Vorstand.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.
Geschäftsstelle: (2988)
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Junges Ehepaar sucht ein möbliertes Zimmer in d. Nähe Sandwitzer. Angeb. unter L 28 an die Exped. d. Bl. (2994)

Suche ein guterhalt. Piano.
Angebot mit Preis u. WL 13 an die Exped. d. Bl. (2990)

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
Filiale Lübeck.

Versammlung am Sonnabend, dem 29. Juni abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannstraße 52.

Tagungsordnung:
1. Wahl der Ortsverwaltung.
2. Stellungnahme zu der am 24. August in Augsburg stattfindenden Generalversammlung. Im zahlreichem Erscheinen der Mitglieder ersucht
2989. Die Ortsverwaltung.

Von der Reise zurück.
Dr. med. Arthur Glaser
Schüsselbuden 14. (2992)

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs.
Dienstag, den 25. Juni 1918: (2987)

Die fünf Frankfurter.
Lustspiel von Carl Rößler.
Mittwoch, den 26. Juni 1918: (2986)

Der fidele Bauer
Operette von Leo Fall.
Donnerstag, d. 27. Juni 1918: Auf vielfachen Wunsch:

Der Vogelhändler.
Operette von Karl Zeller.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Mottentötungs - Unfall | Heute frisch. Schwarzsauer
Hagenström, Fleischhauerstr. 28. (2988) | Karl Lahrtz, Büttcherstr. 16. (2997)

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

General-Versammlung

am Montag, dem 29. Juni 1918

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannstraße 50-52.

Tagungsordnung:

- 1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1918.
- 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Der Vorstand.

2986

Der Hias

2980

kommt wieder.

HANSA-THEATER.

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Zum letzten Male: Auf allgemeinen Wunsch:
Stolze Thea
Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr: (2982)
Neuheit! Neuheit!
Schwarzwaldmädel.

Wirtschaftliches.

Der Deutsche Städtetag für Fortdauer der öffentlichen Bewirtschaftung.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages hat sich mit der Lebensmittelversorgung der Städte befaßt. Nach langer Besprechung wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Da neuerdings wieder in umfassender Weise der Gedanke einer grundsätzlichen Aenderung unserer Volksernährungswirtschaft erörtert worden ist, so muß die Forderung wiederholt werden, daß, solange die Verknappung der Lebens- und Futtermittel andauert, die öffentliche Bewirtschaftung für die hauptsächlichsten Lebensmittel bestehen bleibt. Auf der einen Seite fehlt es vielfach noch an der durchgreifenden Erfassung und ausgleichenden Verteilung sowohl in den Vorstädten wie in der Handhabung. Auf der anderen Seite wird die Verteilung der Waren durch die viel zu zahlreichen Zwischenstellen mit immer neuen Vorarbeiten und Bedingungen belastet und wird verteuert zum Schaden der Verbraucher, des Kleinhandels, dem oft die erforderlichen Zuschläge nicht mehr bewilligt werden können, und der Städte, die trotz aller ihrer Finanzbedürfnisse vielfach dem Zwang zur Herausgabe von Zuschüssen ausgesetzt werden, während in einzelnen Zwischenstellen, so bei den Viehhandelsverbänden, gewaltige Kapitalien anwachsen. Diese Bezugsungen und Beschäftigungen, die sich aus der Zwangswirtschaft für das ganze Volk ergeben, darunter besonders auch für die landwirtschaftlichen Erzeuger, können nur dann gerechtfertigt werden, wenn die Waren auf direktem und einfachstem Wege an den Verbraucher gelangen.“

Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Erörterung über die Kohlenfrage. Es wurden Vorschläge angenommen, in denen die Forderung erhoben wird, daß die Reichsregierung es sich angelegen sein lassen, mit der größten Energie und Schnelligkeit den Winternotrat des Hausstandes der Gemeinden zuzuführen.

Das internationale Großkapital. Der Schweizer Bergwerksverein hat 1910 von drei französischen Aktiengesellschaften (darunter die an Lieferungen an das französische Heer stark beteiligte Hüttengesellschaft in Simecourt) günstig 75 Anteile erworben. Dafür verpflichtete sich die deutsche Gesellschaft, den französischen Werken jährlich bis zu 50 000 Tonnen Kohlen zu 20 Prozent unter dem jeweiligen Marktpreise zu liefern! Durch französisches Regierungsdekret vom 27. September 1914 wurden Verträge mit feindlichen Ausländern für null und nichtig erklärt, so lange, bis dies Dekret ausdrücklich wieder außer Kraft gesetzt werde; also ebenfalls auch nach Friedensschluß. Dagegen klagte der Schweizer Bergwerksverein bis zum Reichsgericht, wurde aber abgewiesen, weil die Rechtsgültigkeit jenes Kriegsdekrets, dem übrigens deutsche Bergeltungsmahregeln folgten, unanfechtbar sei. — Dazu bemerkt die „Bergarbeiter-Zeitung“: „Wir sehen hier wieder eine für unsere Wirtschaftsbeziehungen unheilvolle Kettenfolge. Von hohen nationalen Interessen ist nun aber die Tatsache, daß deutsche Kapitalisten auch an französischen Rüstungswerken finanziell beteiligt waren. Und noch wichtiger ist die Erfahrung, daß deutsche Rohle vertragsmäßig 20 Prozent billiger an französische Werke geliefert wurde, als sie in Deutschland zu haben war. Mit billigen Kohlenlieferungen aus Deutschland sind also französische Rüstungswerke unterstützt worden. Das geschah in denselben Jahren, wo in der internationalen Kriegesdruckschraube immer entschiedener ein kriegerischer Konflikt zwischen Deutschland, Frankreich und England als „unvermeidlich“ geschildert worden ist! Es ist die höchste Zeit, den privatkapitalistischen Unternehmern das Verfügungsrecht über unsere nationalen Bodenschätze zu nehmen.“

Gewerkschaftsbewegung.

Die Forderungen der Landarbeiter. Der Zentralverband der Landarbeiter Deutschlands hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher er um die Vorlage einer Reihe von Gesetzesentwürfen ersucht. Es wird u. a. verlangt Aufhebung des Koalitionsverbots, Aufhebung der Geständordnung, Schaffung eines allgemeinen Arbeiterrechts, Erlaß von Arbeiterurlaubbestimmungen, Errichtung ländlicher Schiedsgerichte, Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern; ferner Aufhebung der Gütsbezirke, Mitwirkung der Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern, Verbesserung des ländlichen Wohnungswesens usw. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Landflucht der ländlichen Arbeiter, die vor Jahrzehnten das letzte, einen Umfang angenommen hat, daß sie zu einer großen Gefahr für die deutsche Volksernährung und für die bevölkerungspolitischen Interessen unseres Volkes geworden ist. Nach der Bevölkerungszählung verminderte sich

die Zahl der Berufsangehörigen bei der Landwirtschaft seit 1882 von 18,7 Millionen im Jahre 1907 auf 16,9 Millionen, während sich die Gesamtbevölkerung des Reiches in derselben Zeitspanne von rund 45 auf 68 Millionen vermehrte. Die Landflucht erstreckte sich insbesondere auf die Landarbeiter. Die Frauen- und Kinderarbeit wird in der Landwirtschaft wie kaum in einem anderen Erwerbszweig in Anspruch genommen. Von rund 15 Millionen landwirtschaftlichen Erwerbstätigen sind 8,3 Millionen weibliche Personen, ebenso sind rund 600 000 Kinder unter 14 Jahren erwerbstätig. Von der Einbringung der gewünschten Getreidemüehle und der Durchführung wird erwartet, daß damit der Landflucht Einhalt getan werden kann.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Telephongespräch des Landrats. Zwischen dem Bürgermeister Rißdorf als Kaiserswerth und dem Landrat v. Seedorf in Düsselndorf herrscht seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis, das jetzt zu einer Verhandlung vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht geführt hat. Der durch Rechtsanwalt Walter Bahn vertretene Kläger, Bürgermeister Rißdorf war persönlich erschienen. Er machte geltend, daß in der Nacht zum 6. Juni v. J. im städtischen Lebensmittelamt von Kaiserswerth Reisbrotmarken und Brotreste gestohlen wurden. Der Kläger habe am nächsten Morgen sofort die nötigen Anordnungen getroffen, um den Dieb zu ermitteln. Der Landrat habe in einem Telefongespräch mit dem Bureauvorsteher des Bürgermeisters die Möglichkeit ausgesprochen, daß der Diebstahl von dem im Lebensmittelamt beschäftigten weiblichen Hilfskräfte begangen sein könne und sie als „Frauenzimmer“ bezeichnet. Von dieser Ehrenkränkung durch den Landrat habe der Bürgermeister die Damen in Kenntnis gesetzt und gegen die Art des dienstlichen Verkehrs, deren sich der Landrat bediene, auf das schärfste Verwahrung eingelegt. Das Eingreifen des Landrats sei eine Verletzung der Zuständigkeitsgrenze. Von dieser Angelegenheit machte der Bürgermeister dem Oberpräsidenten u. a. Rheinbaben in Form einer Beschwerde Mitteilung. Diese Beschwerde wies jedoch der Oberpräsident zurück und erteilte dem — Bürgermeister einen Verweis. In der Klage vor dem Oberverwaltungsgericht beantragte Bürgermeister Rißdorf Aufhebung des durch den Oberpräsidenten erteilten Verweises. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage ab. Es vertrat den Standpunkt, daß der Verweis zu Recht erfolgt sei. Der Bürgermeister dürfe dem Landrat den Vorwurf der Verletzung der Zuständigkeit nicht machen und die telephonischen Äußerungen des Landrats nicht dem weiblichen Personal mitteilen.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumvereine und Handelskammern. Dem vom Reichstage eingesetzten Ausschuss für Handel und Gewerbe lag in der Sitzung vom 21. Juni eine Petition zur Verhandlung vor, in welcher die Konsumvereine eine Vertretung in den Handelskammern verlangen. Der Referent, Abg. Jäckel, trat für die Petition ein und beantragte, dieselbe dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Hoffentlich entscheidet sich nun die Regierung im Sinne der Petition.

Aus Nah und Fern.

Drückerberger als „Munitionsarbeiter“? Aus Arbeiterkreisen der Mainzer Rüstungsindustrie wird mitgeteilt, daß in letzter Zeit die Zahl der auf Grund von Reklamationen vom Heeresdienst beurlaubten Personen wachsender Kreise, die nur zum Schein in Munitionsfabriken „arbeiten“, um sich vom Heeresdienst zu drücken, stetig größer geworden sei. Es seien in Rüstungsbetrieben Reklamationen als „Aufseher“ tätig, die nur an zwei bis drei Wochentagen 5 bis 6 Stunden täglich ihre Zeit „ablaufen“, in der übrigen Zeit aber ihrer Berufstätigkeit nachgehen. Als Beispiel wird unserem Mainzer Parteiorgan folgender Fall gemeldet: Ein reich, kriegsverwendungsfähiger, kaum dreißigjähriger Landwirt aus der Moser Gegend erscheint jeden Montagmorgen in der Fabrik mit einem großen Paket Butter, Speck und Eier. Der Besizer quittiert für die Liebesgaben in der Weise, daß er den Spender sofort wieder entläßt und ihn für den Rest der Woche beurlaubt. Auch aus anderen großen Rüstungsbetrieben wird

über ähnliche „Reklamationen“ berichtet. Die maßgebenden Zivil- und Militärbehörden sollten sich öfters bei den Arbeiterausschüssen und Vertrauensleuten der Arbeiter über solche Dinge erkundigen.

Zweihundert Milchziegen bei einem Bahntransport verendet. Dem Grazer „Arbeiterwillen“ wird aus Spittal an der Drau berichtet: Am 10. d. M. wurden bei Zug 467 zwölf Waggons Ziegen, wahlgerichtet, 600 Stück ferbische Milchziegen mit Kühen, angeblich für die zurückgeführten italienischen Flüchtlinge, transportiert. Von diesen nützlichen Tieren werden aber wohl sehr wenige ihren Bestimmungsort erreichen; denn es sind von Graz bis Spittal an der Drau schon mehr als zweihundert Stück den Strapazen erlegen und der größte Teil von den übrigen hat sich kaum noch auf den Füßen halten können. Die Begleiter sagten, daß sie auf jeder größeren Station, so in Marburg, Klagenfurt und Villach, eine größere Zahl toter Ziegen hinausgeworfen haben. In Spittal sah man, daß in jedem Waggon zwei oder drei oder nach mehr verendete Ziegen lagen. Jeden Menschen muß es verbittern, wenn er sieht, daß so viele Nutztiere so elend zugrunde gehen. (Zehnrückte). Wären die Tiere unanständig gefüttert, getränkt und auf dem weiten Transport ein paarmal zur Erholung ausgelassen und nicht im offenen Wagen, wo sie jeder Witterung ausgesetzt sind, verladen worden, so könnte dies nicht vorkommen. Die Personen, die daran schuld sind, verdienen wahrlich kategorisch bestraft zu werden. Der Fall zeigt, wie topflos, leichtsinnig und verantwortungslos gewirtschaftet wird. Wie vieles von dem, was zugrunde geht, bleibt aber Geheimnis und entzieht sich der Öffentlichkeit. Um für all das, was auf diese oder ähnliche Weise zugrunde geht, einen Ausgleich zu finden, wird dann wieder die Mahnung hinausgegeben: „Durchhalten!“ Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß die Schuldigen bei dieser Mahnung an die anderen sich mischieren und am Schluß statt einer Strafe noch eine Auszeichnung bekommen.

Die Kirchen im Geigenkasten. Die Hampter geraten auf immer neue Mittel, um die Musikkontrolle hinteres Licht zu führen. Am Sonntag kam eine Musikkapelle nach Werder, welche wahrscheinlich irgendwo ein Streichkonzert geben wollte, die neun Künstler waren sämtlich mit großen Geigenkasten versehen. Nur der Kasten für den großen Bass und die Noten fehlten, und das fiel auf. Am Abend stellte sich die Kapelle wieder ein und wollte nach getaner Arbeit durch die Sperre. Die Posten ließen aber zum Erlaunen der Künstler die Geigenkästen öffnen und beschlagnahmten eine Menge Kirchen. Nach Noten schnüpfend, verließen die Musiker unter dem Gelächter der Mitfahrenden den Ort, und das Konzert im Zuge soll auch nicht besonders nett gewesen sein.

Schnee im Sommer. Auf dem Para. im Riesengebirge, im Schwarzwald liegt teilweise fußhoher Schnee. Auch in Spanien harter Schneefall einsetzte, der zum Teil die Telephonverbindungen unterbrochen hat.

Die Revolverpielererei hat schon wieder zwei blühende Menschenleben gekostet. In Lehnborn bei Braunschweig erschäßt beim Schießen mit einem Revolver ein Realgärtner seinen Mitschüler. Als er sah, was er angerichtet hatte, erschloß sich der unglückliche Schütze selbst.

Ein schweres Unglück ereignete sich auf der Untergrundbahn in Berlin an der Haltestelle Reiterhof. Dort wurde eine Arbeiterkolonne von 6 Mann, die auf das falsche Gleis lief, überfahren. 3 Mann sind tot, 2 erheblich verletzt.

Handschuhe aus Walfischdarm. In Norwegen wird der Ledermangel von Tag zu Tag einschneidender. Man hat deshalb der Herstellung von Handschuhen aus Walfischdarm ernsthaft Aufmerksamkeit zugewandt, und ein Sachverständiger hat kürzlich erklärt, daß dieser Lederersatz in jeder Hinsicht ausgezeichnet sei: schmiegsam, weich und vor allem erstaunlich stark. Seitens des Staats werden bereits Versuche mit der Handschuhfabrikation aus Walfischdarm gemacht.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich bei Hammond in Indiana infolge eines Zusammenstoßes. Vier Waggons wurden zerschmettert. Die Zahl der Getöteten beträgt 59, die der Verwundeten 115.

Schneefall in Argentinien. Nach einer Havasmeldung schneit es in Buenos Aires und vielen anderen Orten, wo bisher niemals Schnee gefallen ist. Der Schnee fällt seit Beginn des Nachmittags unaufhörlich auf die Stadt herab, ein außergewöhnliches Schauspiel, denn es ist das erste Mal, daß man weiße Dächer und Bäume sieht. Auch aus Rosario und anderen Städten sind zahlreiche Schneefälle gemeldet worden.

Ein Rekord. Eine Fliegerin der amerikanischen Post zwischen Chicago und New York, Miß Stinson, hat mit 783 Meilen in zehn Stunden ohne Aufenthalt den bisherigen Dauerflugrekord geschlagen.

Rosi zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.
12. Fortsetzung.

Und allweg, glücklich und frohlich war der arme Milder nicht. Schon zum äußerlichen Behagen ist es zu einem Landpfarrer, und vollends in solcher Bergheimlichkeit, fast ledigends notwendig, daß er verheiratet sei, wohlverstanden mit einer Frau, die ihrem Ehemann wirkliches häusliches Behagen zu schaffen vermag. Er aber lebte noch immer einsam in seinem Pfarrhaus, das daher auch von einem gewissen anrüchlichen Unbehagen durchzogen war. Die „Jungfrau von Windgellen“ hatte zwar schon zu wiederholten Malen „aus festerer Hand“ die bestimmte Nachsicht in Umlauf gesetzt, daß der Herr Pfarrer ein „Hochzeiter“ sei. Zuletzt wollte sie drumherum in Wehringen ganz gewiß, ja diesmal ganz gewiß in Erfahrung gebracht haben, daß der Herr Pfarrer mit nächstem eine der „rechten Jungfrauen“ von Bern heimführen werde. Aber es hatte mit diesen geredeten Zeitungsnachrichten die nämliche Bewandnis, wie mit so vielen gedruckten, das heißt es war am Ende immer wieder nichts dran, gar nichts. Junger Barthibbel erlaubte aber nicht, stets neue Heiratpartien für den Pfarrer auszubieten. Denn was man wünscht, hofft man. Ein lediger Pfarrer war ja ganz eigentl. gar kein rechter Pfarrer und in ein Pfarrhaus gehörte eine Frau Pfarrerin. So gut wie die Bibel und der Kirchenrat. Die Gute hätte nachgerade „verzwanzelt“ mögen, daß ihr der Herr Pfarrer, „abgesehen davon ein meißerlicher und kreuzbraver Herr“, noch immer nicht den Gefallen tun wollte, ihren kanonischen Rechtsbegriffen nachzuleben.

Milder hatte freilich keine Ahnung davon, welche schwere Sorgen sich das Barthibbel um ihn machte. Es war etwas in dem ganzen Wesen und Auftreten des jungen Geistlichen, was Schranken um ihn zog, die dörrliche Klatschfreude nicht zu durchbrechen wagte. Er war eine vornehme Natur, weniglich ein handhafter Bekennner des demokratischen Glaubens. Alles Gemeine miederte ihn an und war das vielleicht sein Unglück, insofern wenigstens, als dieses sein Feingefühl den nach Rosis Heirat unternommenen Versuch, seine unterbrochene politische Laufbahn wieder anzunehmen, scheitern gemacht. Er hatte bei aller von der Sinnigkeit zur Beschäftigung nicht ganz freien Bealität seiner Denkwelt die Notwendigkeit empfunden, aus der lähmenden Verbitterung, die infolge jenes Ereignisses, ihn übermannt, sich aufzuheben. Er wollte im Geruch der Parteipolitik sich selbst vergehen, und noch einmal tauchte sein Name im Staatsleben auf. Aber nur vorübergehend. Man merkte bald, daß er nicht mehr der studentische Heißhörn, der rüchichtslohe Agitator sei, und er merkte es selber.

Er merkte noch mehr. Einsamkeit und Naudenken hatten seinen Geist gereift, und es konnte daher nicht ausbleiben, daß er manches, vieles, ja alles anders ansah als früher und daß er, der Redliche und Selbstsuchtlose, an dem vulgären Liberalismus mit seinen aufgebauchten Phrasen, seinen kleinen Pfaffen und Knipfen und seinen jammerlichen Persönlichkeitskränkereien sich verwickeln mußte. Diefelbe Gemeinheit erkannte er unter der ironischen Tünche des Konservatismus, der ihn noch dazu durch seine aller schaffenden Kraft bare Borntheit abtöte. Solche menschliche Naturen passen nicht für das Forum und vollends nicht für das Forum einer kleinen Republik, wo sie täglich und stündlich Begegnungen und Reibungen mit den zubringlichsten und widerwärtigsten Elementen ausgeht sind. Milder trat daher eben so rasch wieder in seine Verschlossenheit zurück, wie er plötzlich aus derselben hervorgetreten. Fortan wachte er sich damit begnügen, der Pfarrer von Windgellen zu sein; aber wohl ihm, daß ihm sein Amt Zeit ließ, aus jenem ewigen Jungbrunnen des Trostes zu schöpfen, welcher dem wahrhaft Gebildeten Kunst und Wissenschaft allein sprudeln lassen. Er hatte eine Ader vom Poeten in sich, allein er taufchte sich nicht über den Umfang derselben. Er wußte, daß er kein produktives Talent sei, aber seine Gabe der Reproduktion bildete er um so schöner aus, als ihm dabei sein reiches Wissen, namentlich im Faße der Sprachkunde, zu Hilfe kam. Der hagestolzen Unbehaglichkeit des Pfarrhauses ungeachtet gingen dort Götter und Genien aus und ein und weilten gern unter dem stillen Dache. Er las wieder und wieder die großen Dichter und Geschichtsschreiber des Altertums, verwandte viele seiner Mußstunden auf die Sammlung und Sichtung der Sagen und Mythen des Gebirges oder versuchte sich in der poetischen Uebertragungskunst, indem er die Töpseln des Theokrit, das Gedicht Virgils vom Landbau und die Lieber von Burns und Höp in die Berner Mundart übertrug.

Unter solchen Beschäftigungen und überall, wo er als Mensch oder Geistlicher dazu Gelegenheit hatte, mit Rat und Tat wohlthätig eingreifend lebte er so hin. Außerlich stets ruhig und gefaßt, konnte er doch den großen Fehlschlag seiner schonen Lebenshoffnung nimmer überwinden, so wenig als er die Nachwehen dieses Fehlschlages aus seinen Zügen zu wischen vermochte. Es war doch immer etwas Störendes da, ein Stachel, den die Zeit wohl einigermaßen stumpfte, aber nicht vernichtete. Er vermied denn, wo er, ohne auffällig zu werden, konnte, Rosi zurflüh zu sehen; denn so oft er sie sah, flüsterete es schmerzlich in seiner Seele: „Oh, wie glücklich hättest du werden können!“ Und wenn vollends die junge Frau, in der Zwist oder wo sie sonst sich gelegentlich traf, in ihrer freundlichen Art mit ihm sprach oder ihn gar scherzend

fragte, ob denn die Gemeinde noch lange ohne eine Frau Pfarrerin sein sollte, dann kamen finstere Stunden und Tage über ihn, Tage, wo ihm das Herz in Galle schwamm, Himmel und Erde, die Menschen und das eigene Selbst ihm verleidet waren. Dann trieb es ihn in die düstern Wildnisse des Gebirges hinauf, als müßte er, dem düstern Helden Byrons gleich, sein zehmes Weh den Gleichschwinden preisgeben. Das Rüttel hatte er noch nie betreten, obgleich der Ruad es gern gesehen hätte, weil sich mit dem geistlichen Herrn gar so „unterhaltlich sprachen“ ließ. Einmal aber konnte er doch nicht wohl umhin, in das Haus im Hödel zu gehen. Nämlich bei einer Begegnung mit der Rosi in ihrem väterlichen Hause, wohin den Pfarrer häufige Amtsgänge führten und zwar nicht immer die angenehmen — pflichtgetreue Landzeitliche, die mit profigen Dorfmannaten zu verhandeln haben, besonders in Armensachen, wissen davon zu erzählen — also die junge schöne Frau lud den Pfarrer einmal zu einem „Familienanlaß“ ein, zur Feier ihres zweijährigen Geburtstages, die im Rüttel von der Familie begangen werden sollte. Er konnte die Einladung nicht wohl ablehnen, obgleich er es gern getan hätte. Er versuchte es auch, aber während er sich anmaßte, seine Entschuldigung vorzubringen, läßen ihn Rosis Augen mit viel Hergensgüte an, daß er es nicht über sich brachte, ihr wider zu handeln. So sagte er denn ja statt nein; aber indem sie, zufrieden mit dem Bescheid, sich wendete, murmelte er zwischen seinen Zähnen den Virgilischen Vers:

Inlandum, regina, jubes renovare dolorem.
(Aufzutreten unglücklichen Schmerzes, o Königin; gebeknt du.)
Die gute harmlose Rosi! Ihre großen Kornblumenaugen blickten doch sonst klar und verständig in die Welt, aber in betreff der Rüttel des Pfarrers sie waren diese Augen wie blind. Sie hatte in ihrer Hergensgüte keine Ahnung davon, daß sie die „Königin“ Milters gewesen war und noch war. Es ist freilich eine der gewagtesten Behauptungen, zu sagen, es gebe ein Mädchen oder eine Frau, welche die innige, wenn auch noch so stumme und zurückhaltende Neigung eines Mannes für sie jahrelang nicht gemerkt hätte. Aber trotzdem, es gibt solche weibliche Wesen, nicht viele allerdings, aber es gibt welche, deren Seele und Augen von dem Bilde dessen, den sie lieben, so voll sind, daß ein zweites keinen Platz darin findet, nicht den allerfeinsten. Solche Frauen bewahren die Jungfräulichkeit der Seele, die mädchenhafte Unbefangenheit auch in der Ehe. Die Einsicht in solche Frauen gemüht hat jenen großen Makern den Hinkel gelöst, die Madonnen läßen, die mit dem vollen Ausdruck der Jungfräulichkeit auf den göttlichen Säugling an ihrer Brust niederbliden.

Fortsetzung folgt

Laubfrösche.

Von Max Schandewitz.

Im Frühjahr 1917.

Am Stammtisch im „Blauen Ochsen“ lag die übliche Tafelrunde der Oberlehrer, der Oberpostassistent, der Büstenwarenfabrikant, der Buchbindermeister und der Handschuhfabrikant.

Gerade als der Jubel Franz, der von der Front auf Urlaub war, das Lokal betrat und an einem Nebentische Platz nahm, schlug der Herr Oberlehrer mit der geballten Faust gewaltig auf den Tisch. „So kann es nicht weitergehen“, schmetterte er in gerechter Entrüstung heraus.

Wieder gab die Runde ihre Zustimmung durch Kopfnicken und. Etwas gedämpfter fuhr der Oberlehrer fort: „Engländer und Franzosen haben mit Erfolg angegriffen; man hört so vielerlei. Sie greifen nach ihren ersten Erfolgen weiter an, mit einer Hartnäckigkeit und mit Machtmitteln, denen wir nichts Gleichwertiges gegenüberstellen können.“

Der Handschuhfabrikant: „Ich du lieber Gott, das ist doch nichts Neues mehr, das ist bereits in der ganzen Stadt bekannt. Vorgeiern bereits erzählt ich's; unsere ganze Front soll ins Wanken gekommen sein und vielerlei heute schon ist sie aus den Angeln gehoben.“

Der Buchbinder: „Und 100 000 Gefangene sollen die Feinde uns bei dem ersten Stoß bereits abgenommen haben.“ Der Büstenwarenmacher: „Was 100 000? Ich habe von 150 000 gehört; das ist mir eigentlich viel glaubwürdiger.“

Der Oberpostassistent: „Und die Kanonen und das Material, das dabei verloren gegangen, ist nie wieder zu ersetzen.“ Der Oberlehrer: „Ja, überhaupt mit dem Material, da wird wohl bald Kurzschnäbel sein. Denken Sie, man hat uns zum Spaß die Kirchenorgeln genommen? Wenn aber die Kriegsmaschine keine Rohstoffe mehr hat, dann ist's aus, ganz aus.“

Der Oberpostassistent: „Wir den anderen Heereserfordernissen steht es noch schlimmer aus. Mit Lebensmittel, Futter, Def., Bekleidung, Leder usw. stehen wir auf dem toten Punkt, und in ganz kurzer Zeit bricht unsere ganze Kriegswirtschaft zusammen.“

Der Handschuhfabrikant: „Schließlich ist auch die Frage des Menschenmateriales für uns entscheidend. Schauen Sie sich nur mal um; alle ist's, ganz alle. Was dagegen haben unsere Feinde für Hilfsmittel, welche gewaltige Zahlenüberlegenheit bei ihnen jetzt und gar erst in der Zukunft. Wir müssen in dem Kampfe unterliegen; wir müssen nur danach trachten, zu retten, was noch zu retten ist, und so schnell wie möglich Frieden schließen.“

Der Buchbinder: „Wir sollten es ja auch daheim täglich am eigenen Leibe, daß wir mit der Ernährung am Ende sind. Unter Volk muß elend verhungern und famulieren, auch zu den erbärmlichsten Bedingungen, wenn es uns nicht gelingt, noch vorher Frieden zu schließen.“

Der Oberlehrer: „Die Regierung muß sofort Frieden schließen, wenn sie Land und Volk vor dem Untergang bewahren will. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, wird unsere Position ungünstiger, und wenn wir nicht unverzüglich Frieden schließen unter halbwegs annehmbaren Bedingungen, dann sind wir verloren.“

„Dann sind wir verloren.“ stimmte die Tafelrunde im Chorus bei. „Requiescat in pace die Hölle ihr Bier aus, zahlten ihre Jocke und jungen bedrückt von dannen.“

Der Jubel Franz hatte mit Interesse die Reden der anderen verfolgt. Er trank schmunzelnd ein Glas Bier um das andere und lächelte in sich hinein. Als die Herren längst gegangen, trank er noch und lachte, lachte, bis auch ihn die Polizeihunde zwang, heimzugehen.

Im Frühjahr 1918.

Am Stammtisch im „Blauen Ochsen“ lag die übliche Tafelrunde und sprach über das übliche Thema. Gerade als der Jubel Franz, der von der Front auf Urlaub war, das Lokal betrat, schlug der Herr Oberlehrer mit der geballten Faust auf den Tisch. „Was sagen Sie zu den herrlichen Siegen der letzten Tage? — Der Friede darf nicht eher geschlossen werden, bis unsere Feinde auf den Knien gekrochen kommen und um Gnade winseln.“

Der Handschuhfabrikant: „Wir haben jetzt im Osten freie Hand; wir können nun mit beiden Händen unsere westlichen Feinde niederschlagen; nicht lange mehr und sie werden zerhackt zu unseren Füßen liegen.“ Der Oberpostassistent: „Der Friede muß den zerschlagenen Opfern sein, das löblichste Zeichen. Wir darf nicht umsonst geflohen sein. Kriegserklärung, Land- und Seemacht müssen uns überlassen bleiben. Wir müssen solange kämpfen, bis die Feinde gezwungen sind, unsere Bedingungen anzunehmen.“

Der Buchbinder: „Jamahl! Wir haben die Macht und Kraft dazu, und wenn Loren, wenn wir sie nicht radikal ausrotten. Engländer und Franzosen sind geschlagen und laufen; sie können unsere gewaltige Faust an ihrer Kehle und Schnapen schon angreifen noch Luft.“

Der Büstenwarenmacher: „Die Feinde sind nicht mehr imstande, uns neuemehrten Widerstand entgegenzusetzen. Nicht lange mehr und wir haben die Engländer über den Kanal gejagt, haben in Paris und Brüssel den Frieden.“

Der Oberlehrer: „Jamahl, wir werden solange kämpfen, bis wir die Gegner aufs Knie gezwungen. Die Regierung darf nicht eher Frieden schließen, bis der Feind alle unsere Bedingungen angenommen und auch unser letztes Opfer entschädigt wird. Da kann es auf eine Spanne Zeit länger nicht ankommen. Wir müssen so lange kämpfen, bis der Feind vollständig geschlagen und vernichtet ist.“

„Sehr richtig! Das habe ich immer gesagt“, erwiderte die Bierweib aus einem Wande. Sie liegen an und mit einem kräftigen Schwanz aus ihrer wohlgeputzten Gläsern schneideten sie den letzten Engländer dem Feinde fort.“

Der Jubel Franz, der in wenigen Tagen wieder im Schützengraben liegen mußte, hatte allerdings die Reden der Tafelrunde angehört. Er lag mit trübem Gesicht noch immer beim ersten Glase, bezog sich leicht kein Jocke und ging dann resigniert von dannen.

Allen zu gefallen ist unmöglich.

Aus alten Schwänken, Schurrten und Scherzen.

Auf dem Wege, der von einem großen Wald ins bewohnte Land führte, ritt einst ein Mann auf einem Esel; neben ihm schritt sein junger Sohn. Den Alten hatte es vor Jahren in die Einsamkeit getrieben, da er mit seinen Mitmenschen gar nicht hatte auskommen können. Keinem mochte er es recht machen; denn wie er es auch anfang, immer gab's Leute, die sich über ihn aufhielten und ihn verpöbelten. Er mochte auch wohl ein etwas seltsamer Kauz gewesen sein; aber anstatt die Leute reden zu lassen und ruhig seines Weges zu gehen, hatte ihn jeder Tadel verkehrt. Schließlich hatte er der Welt ade gesagt und war mit seinem Knaben in den Wald gezogen. Dort hatte er eine Reihe von Jahren gelebt, zufrieden und glücklich, seinen Magergeiern entronnen zu sein. Sein Sohn jedoch hatte sich oft hinausgeschaut unter die Menschen, und als er herangewachsen war, hatte er dem Vater keine Ruhe gelassen, bis dieser ihn versprach, die Welt wieder aufzusuchen und noch einen Versuch mit ihr zu wagen.

So zogen sie denn hinaus aus ihrer Waldheimlichkeit, der Vater auf dem Esel, der Sohn zu Fuß neben ihm. Da trafen sie auf dem Wege einen Handwerksburschen, der sprach zu dem Vater: „Das ist nicht recht, Mann, daß Ihr reitet und laßt den Jungen gehen. Ihr seid groß und stark. Laßt den Jungen aufsitzen. Der ist nicht so kräftig wie Ihr.“ Der Vater dachte: „Oha, geht's schon wieder los?“ Aber er ließ sich nichts merken, sondern stieg vom Esel und ließ den Sohn reiten. Ein Stück weiter trafen sie eine alte Frau, die fing sogleich zu jodeln an: „So seht doch nur den jungen Burschen da! Es ist nicht zu glauben, hat junge Beine und läßt den alten Vater hinterhergehen!“

„Mein Sohn“, sprach da der Alte grimmig lachend. „Siehst du nun, daß man es niemand recht machen kann?“ Doch der Junge sagte: „Dann laß uns beide aufsitzen, so wird's dann wohl recht sein.“

Sie verjachten es also, setzten sich beide auf den Esel und ritten eine Strecke. Da trafen sie einen Bauern, der redete sie an: „Ihr solltet euch schämen, zu zweit auf einem schwachen Tiere zu reiten. Man sollte euch Tierquälerei mit Gewalt herunterholen.“

Während hieher der Alte vom Esel und ließ auch den Jungen absteigen. Dann führten sie den Esel an Fügel weiter. Nun konnte ihnen gewiß keiner mehr etwas wollen!

Da kam ihnen ein Reitermann entgegen. Als er sie sah, hielt er an und wollte sich ausrichten vor Lachen. „Ihr seid nicht müde“, sprach er. „Warum reitet denn keiner von euch auf dem starken Esel? Mir scheint, der Weg ist recht beschwerlich zu Fuß.“ Damit ritt er lachend davon.

Der Alte blieb stehen und holte die Faust hinter dem Reiter her. Dann sprach er zu seinem Sohn: „Siehst Du, alle Mühe ist umsonst. Kaum sind wir zwei Stunden unter den Menschen, und noch keinem haben wir es recht machen können. Wie soll das weiter erst werden? — Was bleibt uns nun noch anders übrig, als den Esel zu tragen? Was an, wir wollen das Tier auf den Rücken nehmen.“

Und dann trugen sie den Esel in das nächste Dorf hinein, daß ihnen der Schweiß niederkam.

Ich weiß nicht, ob die Dorfhuben sie ausgelacht haben, aber jenseit kann es kommen, wenn man es allen Leuten recht machen will.

„Bitt um ein Stück Brot!“

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ finden wir folgende ergreifende Schilderung, die verfaßt wurde, bevor die Brotaktion für die Wiener Bevölkerung die ungeheuerliche Verfüzung von 1260 auf 680 Gramm — 1½ Pfund — pro Kopf und Woche erfuhr:

„Jeden Sonntag am Nachmittag um sechs Uhr klopft es schütternd an der Tür. Ein Bub und ein Mädel stehen draußen, klein, blaß und dünn wie die Schatten. Sie drücken sich in einen Winkel, und wenn man nach ihrem Begehren fragt, so flüstert ein ängstliches Stimmchen: „Bitt um ein Stück Brot!“

In viele, viele Türen pochen die Kinder und doch liegen in dem lärmigen Schürzen der Kleinen nur drei winzige „Scherzen“. Keckhaft bekommen sie dieselbe Antwort: „Brot haben wir selbst nicht genug. Wollt einen Kreuzer?“ Der Bub schüttelt energisch den Kopf und nippt das Schweißchen zurä. „Kein, kein Geld, der Vater leidet's nicht.“ Es mag ihm schwer genug fallen, die Kinder um Brot betteln zu sehen, und wenn er nicht krank wäre, würde er wohl auch das nicht dulden. Aber sie haben Hunger und sie betteln um das, was ihr gutes, dreimal heiliges Kinderrecht ist: sie betteln darum, satt zu werden. Ab und zu bekommen sie von einer gutmütigen Frau einen Lederbissen, ein paar Malzpudding oder ein Stückchen Lebkuchen.

Im Regenschirm einer kleinen Weizilla wird das „Hundstunnen“ in Partier gewickelt, oben im Fenstergitter verwehrt, wenn die Köchin „Ausgang“ hat. Da fliehet der kleine Junge hinaus, während die Schwester Ausguck hält, und verhöhnen, häufig verhöhnen sie das Haus mit ihrer Beute. Allen vornehmen Leuten, die immer wieder verhöhren, daß es dem arbeitenden Volke geht, besser geht denn je, möchte ich die trachenden Gesichter der beiden Kinder zeigen, wenn sie einmal in vierzehn Tagen Bohns gutes Abendessen (Haut, Knochen, Knorpel und ein Stückchen Milch) erbeuten. Sonst ist ihr Erfolg meistens gering genug.

Leider sind sie ja auch nicht die einzigen, die von Tür zu Tür wandern und um Brot bitten, um das geringste, was ein Mensch erhitzen kann und was demopst zu laßbar geworden ist, um es zu verdienen. Die alte Bettelgastarbeiterin, die das Abendessen bringt, die Gaszentralkleurin, der Schlosserhuh, der einen Schlüssel feiert, der Scherenschleifer und die hübsche Briefträgerin, sie alle jagen mehr oder minder bedächtig: Bitt um ein Stück Brot! Denn sie haben Hunger und sind von dem sehr niedrigen Gehalt erfüllt, daß es keine Schande ist, um Brot zu betteln — zum mindesten keine Schande für die, die betteln müssen, höchstens für jene, die die Schuld tragen, daß das Brot so rar geworden ist. Die Bettelnden sind alle Menschen, die ehrlich, hart und jämer arbeiten.

Auch die müden, traurigen Frauen, die des Sonntags kommen, haben am Wochentag gearbeitet bis zur Erköpfung. Dafür blüht ihnen dann das Sonntagsgewinn — Bitt um ein Stück Brot! Und die wohlgekleideten Herren und Damen jagen nach wie vor: Heutzutage muß niemand, der redlich arbeiten will, Hunger leiden. Es geht ihnen ganz gut, den Leuten, das ist ja alles nicht wahr, was da erzählt wird. Seufzend und bekümmert jagen die Herren hinzu: Diese demagogischen Antriebe und Entstellungen geben wahrhaftig schon zu weit.“

Und Sonntag piepst dann ein hohes Kinderstimmchen vor der Tür um einen Suppen Brot. „Mädelchen, wir leben in einer großen Zeit! Groß auch im Bergehen und im Uebersehen dessen, was vorgeht.“

Kleines Feuilleton

Die Püden in der Wohnungseinrichtung.

Wer jetzt einen Haushalt gründet, der eine gänzlich neue Einrichtung verlangt, ist wahrlich nicht zu beneiden. Wenn man überhaupt das Notwendigste zusammenbekommt, so muß es jedenfalls mit unverhältnismäßig hohen Preisen bezahlt werden. Es läßt sich voraussehen, daß diese Schwierigkeiten auch nach dem Kriege nicht so schnell verschwinden werden, vielmehr dürfte zu dem Wohnungsmangel auch ein Hausratmangel in erhöhtem Grade eintreten. Da ist denn ein Vorschlag des bekannten Wohnungshygienikers Prof. Kuchbaum in der Wochenschrift „Umfaß“ von einleuchtendem Wert, der darauf abzielt, beide Mängel gleichzeitig zu mildern, wenn nicht zu beseitigen. Es müßte eben schon beim Wohnungsbau auf die Erschwerung der Mobilartbeschaffung Rücksicht genommen werden. Das kann einmal durch den Einbau möglichst zahlreicher Wandschränke geschehen, die auch noch den Vorzug haben, die Zimmer gegeneinander abzudichten, und zwar sowohl gegen Abkühlung wie gegen Geräusche. Auch der Umstand, daß der Einbau von Wandschränken zur Entstehung tiefer Fensterbänke führt, kann den beaghtigen Eindruck eines Wohnraumes nur vermehren. Ebenso tritt der Fachmann dafür ein, daß die Wandschränke durch den Einbau fester Wafschvorrichtungen unnötig gemacht werden. Er geht aber noch darüber hinaus und wünscht, auch für Sitzgelegenheiten gleich beim Hausbau in gewissem Umfang Sorge zu tragen, und wer sollte nicht zustimmen, wenn einer Aufseher der alten Ofenbank das Wort geredet wird. Kann es etwas Gemüthlicheres geben, als diese durch alte Ueberlieferung geheiligten Sitzplätze um den Ofen, zumal wenn dieser in einer Zeit der Heißhitzigkeit schon an sich eine besondere Anziehungskraft auf die Familie ausübt? — Selbst bei der Anwendung von Zentralheizung werden sich Mittel finden, solche Bänke in gefälliger Form in der Nähe der Heizkörper anzubringen.

Das Ende der Züdersee.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde in der holländischen Zweiten Kammer der Gesetzentwurf über die Trockenlegung der Züdersee angenommen, deren Ende also nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Es gab auch viele Gegner dieses Planes, besonders aus Fischerei- und Schiffahrtkreisen, und der Beschluß in der Hauptsache auf die Kriegswirkungen zurückzuführen, die zeigten, daß die Beschaffung neuen Ackerlandes für Holland von großer Wichtigkeit ist. Der Entschluß zu dieser Trockenlegung wird, wie der „Bismarck“ bemerkt, für die Geschichte der Niederlande von allergrößter Bedeutung sein, denn das Land erhält dadurch eine ganz neue Provinz, die sicherlich eine zahlreiche Bevölkerung zu ernähren vermag. Der Plan selbst geht bis auf das Jahr 1850 zurück, wurde aber immer wieder mit Rücksicht auf Fischerei und Schiffahrt heftig geschoben. Nach dem jetzt angenommenen Gesetzentwurf soll damit begonnen werden, daß man die ganze Züdersee durch einen Deich von 29,3 Kilometer Länge, der von der Insel Wierigen nach Friesland führen soll, von der Nordsee abschließen wird. Die Baukosten dieses Deiches, der stellenweise durch ziemlich tiefes Wasser führt, werden auf mindestens 30 Millionen Mark veranschlagt. Nur ein Stück der großen Meeresbucht, die man heute Züdersee nennt, soll außerhalb des Deiches bleiben. Von dem übrigen Teil der Züdersee will man mehr als die Hälfte trocken legen, während das mittlere Stück als See bestehen bleiben soll. Durch eine mehrere Kilometer breite Fahrinne soll das Offmeer mit Amsterdem in Verbindung bleiben, eine zweite Fahrinne soll zur Mündung der Ofel führen. Man glaubt, daß die Ausführung des ganzen Planes, der der Züdersee vier große Poldergebiete entziehen und diese trocken legen soll, 30 Jahre beanspruchen und insgesamt 200 Millionen holländische Gulden kosten wird.

Die Kriegskriminalität

ist, wie Amtsrichter Dr. Albert Hellwig in der „Zeitung“ für die gesamte Strafrechtswissenschaft, auch in den nichtkriegführenden Ländern deutlich zu beobachten. Die neutralen Länder, die dem Kriegsschauplatz benachbart sind, sind vielfach denselben Einflüssen ausgesetzt wie die am Kriege unmittelbar beteiligten Länder, allerdings sind die Wirkungen bei ihnen schwächer. Aber auch in den neutralen Ländern wurden wegen der Grenzbeobachtung und anderer militärischer Erfordernisse viele Familienväter eingezogen, außerdem machen sich die Schwierigkeiten der Ernährung, die Steigerung der Inflation, durch die Kriegsverhältnisse und sensationelle Berichte geltend. Genau läßt sich das Maß, in welchem diese und andere Umstände auch in den neutralen Ländern als Kriminalitätsfaktoren gewirkt haben, jetzt noch nicht überblicken, immerhin erhält man aber genügend Nachrichten, um sich hier von ein halbwegs zutreffendes Bild zu machen. In den Niederlanden hat in der ersten Kriegszeit die in den Gemütern verursachte Erschütterung und die Entstehung einer großen Anzahl Männer unter militärischer Disziplin eine gewisse Abnahme der leichteren Straftaten zur Folge gehabt. Bald aber nahm die ökonomische Kriminalität stark unter der Einwirkung des Krieges zu, und auch von vielen Fällen schwerer Missethaten und von Delikten gegen das Leben wird berichtet. Charakteristisch ist die folgende Feststellung, die der Regierungsrat des Kantons Zürich in einem Entschluß aus dem Anfang eines Kriminalstatistikjahres in Zürich gegen eine Verfüzung des dortigen Schulobstandes machte: „Es ist eine notorische Tatsache, daß seit Kriegsausbruch unter einem Teile der Schuljugend eine gewisse Verwilderung eingetreten ist und daß die Vergehen, besonders die Diebstähle schulpflichtiger Kinder, während dieser Zeit in einem Aussehen erregendem Maße zugenommen haben. Dies ist ebenso notorisch wie die Tatsache, daß wir in einer Zeit der Teuerung leben.“ Trotdem hier nur von Zürich die Rede ist, muß sogleichweise angenommen werden, daß auch in den anderen Schweizer Kantonen die Verhältnisse in der Hauptsache gleichartig liegen. In der Schweiz ist nach zuverlässigen Berichten auch die „jugendliche Vandalenbildung“ durch den Krieg gefördert worden. Nach dem Kriege wird die Kriminalstatistik wahrscheinlich in jahrelangen Untersuchungen festgestellt können, doch die neutralen Länder müßten nur in wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch in kriminalistischer Hinsicht die typischen Leiden der kriegführenden Staaten zu ertragen hatten.

Heiteres

Gelernt ist gelernt. Im Garten des Regimentskubs stehen Salat und sonstige Frühgemüse in höchster Entfaltung. Gegen unbefugte Entnahme ist der Garten mit starkem Maschendraht und Stacheldraht gesichert. Eines Morgens befindet sich ein Loh in der Jaune, der Draht ist künftgerecht zur Seite gebogen. Dabei befindet sich ein Zettel mit folgender Aufschrift: „Gruß und Dank vom Stotrupp der 6. Kompagnie. — Gelernt ist gelernt.“ (Jugend.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwab, Druck: Friedrich Meyer & Co.
Göppingen in Württemberg